Donnerstag, den 4. Januar 1923. 95. Jahrgang. — Nr. 3.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 1200.— Mk., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 1.00.— Mk. ohne Bestellgeld. — Erscheint an allen Werktagen morgens. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 2000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 10.— Mk., Familienanzeigen 8.— Mk., Stellengesuche 8.— Mk., außerhalb 15.— Mk., Finanzanzeigen 16.— Mk. für 1mm Höhe u. 33mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77mm breit für 1mm 55.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsw. Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Das Würfeln um Deutschlands Schicksal in Paris.

Ablehnung der britischen Vorschläge durch das französische Kabinett.

London, 3. Jan. Wie Reuter aus Paris gemeldet wird, hat das französische Kabinett die britischen Reparationsvorschläge endgültig verworfen.

*

w. **Paris**, 3. Jan. Das offizielle Kommunique über den heute vormittag abgehaltenen Ministerrat besagt, dieser habe einstimmig festgestellt, daß der englische Plan eine beträchtliche Herabsetzung der französischen Forderung mit neuen Aufschüben ohne irgendwelche Pfänder nach sich ziehen und eine endgültige Preisgabe wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages darstellen würde.

Die französischen Vorschläge.

Havas veröffentlicht den Wortlaut der Poincaréschen Pläne. Es heißt darin: Das Programm umfaßt:

1. Lösung des Reparations- und des interalliierten Schuldenproblems.

2. Annahme einer genauen Politik bezüglich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen.

3. Sofortige Entscheidung wegen eines Moratoriums, das Deutschland forderte und wegen der Pfänder, deren Beschlagnahme die französische Regierung für unerläßlich erachtet sowohl um die Zahlungen, die während des Moratoriums zu leisten sind, zu sichern, wie auch um einer künftigen Verfehlung des Reiches vorzubeugen.

Kapitel 1: Reparationen und alliierte Schulden

Deutschland forderte:

1. eine Verminderung seiner Reparationszahlungen,

2. Festsetzung der Reparationssumme im Verhältnis zu den deutschen budgetären Möglichkeiten.

Die letztgenannte Forderung ist offenkundig unzulässig. Die budgetären Abschlüsse Deutschlands sind eine Wirkung seiner Politik und seines guten Willens. Die Erfahrungen der Vergangenheit können nur geringes Vertrauen für die Zukunft einflößen. Die französische Regierung erinnert ihre Alliierten an ihre besonderen Nöte, an die verschiedenen Verfehlungen, die Deutschland in den letzten Monaten beging. Sie sind charakteristisch und können keinerlei Illusionen aufkommen lassen. **Die französische Regierung erklärt, daß sie nicht geneigt sei, irgend einer Verminderung in den Zahlungen, die Deutschland gemäß dem Londoner Ultimatum schuldet, zuzulassen.** Die Zahlungen sind bereits jetzt unzureichend, um die Pensionszahlungen und die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu sichern. Eine Verminderung der deutschen Schuldsumme könne von der französischen Regierung nur in Betracht gezogen werden, wenn einzelne der Alliierten die Möglichkeit einer Verminderung ihrer Forderungen gegenüber Deutschland zulassen, indem die Prozentsätze, die festgesetzt wurden, verändert werden und für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete eine Priorität zugelassen würde.

In dieser Hinsicht kann Frankreich aber den Entschlüssen der übrigen Gläubiger Deutschlands nicht vorgreifen. Ein offizielles Dokument der englischen Regierung gab zu verstehen, daß England bereit wäre, seine Forderungen fallen zu lassen oder zu vermindern, wenn gewisse Bedingungen, die sich auf das Programm der interalliierten Schulden beziehen, erfüllt wären. Die französische Regierung glaubt in dieser Hinsicht ihren Standpunkt festlegen zu müssen. Sie will über den Ursprung und die Bedeutung dieser Schulden nichts sagen, sondern beschränkt sich darauf, daran zu erinnern, daß diese Schulden im Interesse des gemeinsamen Sieges aufgenommen wurden. Es sind Kriegskosten, welche gemäß Artikel 231 und 232 des Versailler Vertrages durch die Reparationszahlungen gedeckt werden sollten. Die französische Regierung kann das Kapital und die Zinsen dieser Schulden solange nicht bezahlen, wie sie nicht durch die deutschen Zahlungen ihre eigenen Auslagen gedeckt sieht. Die französische Regierung wäre bereit, ihren Gläubigern von den Schuldverschreibungen der Kategorie C soviel zu überweisen, als die französischen Schulden betragen. Sie ist auch bereit, diese Schuldverschreibungen der Kategorie C zu annullieren, wenn alle europäischen Mächte diese Zahlungsmodalität annehmen wollten. Was die deutschen Reparationszahlungen anlangt, wie sie im Londoner Ultimatum festgesetzt wurden oder wie diese Zahlungen abgeändert werden können, wenn die französischen Pläne wegen Kompensierung der interalliierten Schulden angenommen würden, so erklärt die französische Regierung, daß es im gemeinsamen Interesse der Alliierten, auch Deutschlands, gelegen sei, diese Zahlungen in einem geringeren Zeitraum zu sichern, als dies im Londoner Ultimatum in den Bestimmungen für die Amortisierung der Schuldverschreibungen A und B vorgesehen sei. Falls Deutschland im voraus Zahlungen leiste, und zwar bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt, so sollte ihm hierfür ein billiger Zinsfuß angerechnet werden. Aber derartige Zahlungen kann Deutschland in größerem Maße gegenwärtig nicht vollbringen, wenn es nicht eine auswärtige Anleihe aufnimmt. Die französische Regierung glaubt, daß die alliierten Regierungen mit allen Mitteln die Ausgabe einer solchen Anleihe begünstigen sollten. Bereits jetzt könnten in Deutschland Sicherheiten für den Anleihedienst gefunden werden. Diese Anleihe könnte wirksam vom Garantiekomitee kontrolliert werden, dem Vertreter der Anleihezeichner beigegeben werden sollten. Eine ausgedehnte Mobilisierung der deutschen Schulden kann aber solange nicht erzielt werden, bis die deutschen Finanzen nicht unter Bedingungen wiederhergestellt werden, welche im folgenden Kapitel aufgezählt werden sollen.

Kapitel 2: Pfänder

Kohle und Holz.

Als Pfänder sieht die französische Regierung vor:

1. Kohle. Eine interalliierte Kontrollkommission, aus Ingenieuren bestehend, deren Präsident ein Franzose sein wird und deren Mitglieder im Verhältnis zu den Kohlenlieferungen auf die einzelnen Mächte verteilt werden, soll nach Essen abgesandt werden, mit Hilfe der deutschen Regierung die notwendigen Vollmachten zu erhalten, um die Tätigkeit des Kohlensyndikats zu überwachen. Das Programm für die Kohlenlieferungen soll von der Reparationskommission festgestellt werden. Die interalliierte Rheinlandkommission wird die Vollmacht haben, im Ruhrgebiet Befehle zur Durchführung der Anordnungen der Kohlenkommission zu erlassen.

2. Der deutschen Regierung wird bekannt gegeben, daß die Alliierten sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihren Gunsten in den Domänen und kommunalen Waldungen der besetzten Gebiete Schläge zu vollziehen. Die interalliierte Rheinlandkommission wird die Vollmacht haben, die Ausbeutung der Wälder zu sichern. Falls die Deutschen die Naturallieferungen, insbesondere Konstruktionsmaterial, Stickstoff usw., nicht vollziehen, wie sie Deutschland aufgetragen werden, sollen Requisitionen vorgenommen werden können unter Kontrolle und auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission. Diese Requisitionen können im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet stattfinden.

Pfänder für Zahlungen.

A. Erhebung auswärtiger Devisen von der deutschen Industrie im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet.

Diese Erhebung soll den Alliierten das Mittel gewähren, um einerseits beträchtliche Geldzahlungen zu erlangen und andererseits mit vollkommener Genauigkeit die Bedingungen zu kontrollieren, unter denen die Ausfuhrlizenzen erteilt werden. Insbesondere soll auch jede Ungenauigkeit in den Zahlungen verhütet werden. Zu diesem Zweck kann das Komitee in Bad Ems herangezogen werden sowohl für das linke Rheinufer wie für das Ruhrgebiet. Für das letztere soll der Wirkungsbereich des Komitees in Ems ausgedehnt werden, evtl. ein besonderes Komitee in Essen geschaffen werden, dem die deutschen Exporteure gemäß einem Befehl der interalliierten Rheinlandkommission ihre Bitte um Ausfuhrbescheinigung zu unterbreiten haben. Diese Ausfuhrbescheinigungen werden unter der Autorität der interalliierten Rheinlandkommission ausgegeben werden, welche die Höhe der auswärtigen Devisen festlegen wird, die die Exporteure an eine Bank zu zahlen haben, die von der interalliierten Rheinlandkommission bestimmt werden soll.

B. Beschlagnahme der Zölle im besetzten Gebiet und in den wichtigsten Zollbüros im Ruhrgebiet.

Trotz der erhobenen Einwände dringt die französische Regierung darauf, das wirtschaftliche Regime wiederherzustellen, wie es von der Londoner Konferenz im März 1921 eingerichtet worden war. Aber gegenüber der Opposition, die einzelne Länder erhoben, ist die französische Regierung, falls Pfänder ergriffen würden, geneigt, folgender Vorgangsweise zuzustimmen: Die interalliierte Rheinlandkommission wird den Auftrag erhalten, die Erhebung der Zölle an der westlichen Grenze des besetzten Gebietes in den Zollbüros des Ruhrgebiets vorzunehmen. Die Rheinlandkommission wird die Extrataxen festsetzen, die in auswärtigen Devisen zu zahlen sind. Der Rest wird in Papiermark zu zahlen sein. Eine Kontrolle soll eingerichtet werden, um die Rechte auf die Ausfuhr zu bewilligen. Außerdem sollen alle Betrügereien bei den Zollzahlungen des nicht besetzten Gebietes verhütet werden. Diese Kontrollmaßnahmen machen die Einrichtung einer Zollinie im Osten des besetzten Gebietes und um das Ruhrgebiet nicht erforderlich. Es können 200 Millionen Goldmark auf diese Weise hereingebracht werden, davon 150 Millionen im besetzten Gebiet.

C. Kohlensteuer im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet.

Die alliierten Regierungen werden der deutschen Regierung mitteilen, daß diese der interalliierten Rheinlandkommission das Mandat erteilten, die Kohlensteuer im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet zu erheben. Die Zahlung eines Teiles dieser Steuer, zum Beispiel 30 Prozent, wird von den Kohlenbergwerksbesitzern in auswärtigen Devisen verlangt werden. Die Besitzer sollen verständigt werden, daß die Alliierten, falls diese Bedingung nicht erfüllt wird, sich die Möglichkeit vorbehalten, eine entsprechende Kohlenmenge abzuführen. Man glaubt, daß jährlich 100 Millionen Tonnen im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet gewonnen werden. Da die Reichskohlensteuer 4 Goldmark pro Tonne beträgt, so müßten also 400 Millionen Mark einkommen, wovon 120 Millionen in auswärtigen Devisen gezahlt werden müssen, der Rest in Papiermark, das sind etwa 500 Milliarden Papiermark.

Das französische Projekt bespricht sodann die Ergebnisse, die man durch die Papiermarkzölle und Kohlensteuer erzielen könne. Im ganzen rechnen die Franzosen als Ergebnis für Dezember heraus: Kohlenlieferungen, die die Reparationskommission verlangt, 360 Millionen Goldmark, Holzlieferungen 40 Millionen, Stickstoff 60 Millionen, auswärtige Devisen für die Ausfuhr 400 Millionen, Beschlagnahme der Exporttaxe 20 Millionen, Kohlensteuer 120 Millionen, im ganzen eine Milliarde.

Falls Deutschland diese Vorschläge nicht erfüllt, soll die militärische Besetzung von Essen bis Bochum und eines weiteren Teiles des Ruhrgebietes erfolgen, wie sie Foch festlegte. Weitere Zwangsmaßnahme wäre die Errichtung einer Zollinie östlich vom besetzten Gebiet.

England und Frankreich.

„Daily Mail" meldet aus Paris, die britische Delegation sei gestern abend inoffiziell darauf aufmerksam gemacht, daß Poincaré nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verwirrt. Auf der Zusammenkunft der britischen Delegation, die bis Mitternacht dauerte, wurde erwogen, ob der französische Plan durch Abänderungen annehmbar für die britische Regierung gemacht werden könne.

*

Bonar Law erklärte vor britischen und amerikanischen Pressevertretern u. a., die Veröffentlichung der britischen Vorschläge sei mit ausdrücklicher Zustimmung Poincarés erfolgt. Die Engländer betrachten diese Vorschläge als den Schlüssel zu der vollständigen Lösung der Frage der interalliierten Schulden und ebenso des Reparationsplanes. Leider sei in diesen Fragen es sehr schwierig für die Nation und besonders für die Vertreter der Regierung, der in erster Linie seinem Lande verantwortlich sei, den Standpunkt anderer Nationen richtig zu verstehen, wie freundschaftlich im übrigen auch die Beziehungen seien. Völlig grundlos werde angenommen, daß Großbritannien eine Entschädigung nicht nötig habe. Man habe eine solche sehr wohl nötig, wenn auch nicht so dringlich, wie manches andere Land damit gerechnet habe. Die Schwierigkeiten, daß auch jetzt Befreundete einander verstehen, seien nicht allein in England, sondern auch in Frankreich festzustellen. In französischen Blättern habe er gelesen, es könne keine Rede von der Bezahlung der französischen Schulden sein, bevor Frankreich nicht von Deutschland entschädigt sei. Eine solche Auffassung sei für die Franzosen natürlich, aber wenn man die Sache vom englischen Standpunkte betrachte, daß Großbritannien sein Geld ebenso nötig brauche, wie Frankreich, dann stehe man der Tatsache gegenüber, daß England nichts von Deutschland kriegen solle, dabei seine eigenen Schulden zu bezahlen habe und nichts von dem zurückerhalte, was ihm geschuldet werde, was es aber notwendig brauche. Bonar Law sagte noch, es handele sich in Paris allein um die Frage, welches die beste Art zur Erlangung des größtmöglichsten Betrages sei, den Deutschland bezahlen könne. Bei gutem Willen, der nach seiner Ueberzeugung auf beiden Seiten bestehe, brauche das Uebereinkommen nicht schwierig sein.

Baldiges Ende der Konferenz.

TU. **Rom**, 3. Jan. In politischen Kreisen vermutet man, die Konferenz von Paris werde bald auseinandergehen, um dem Kabinett Zeit zu einer Stellungnahme zu lassen. Im allgemeinen beurteilt man die Lage zwar sehr ernst, aber doch nicht aussichtslos.

Poincare aus dem Sack!

Die Verhandlungen in Paris haben am Nachmittag des 2. Januar ihren Anfang genommen. Nach berühmten Vorgängen steht der deutsche Unterhändler, Staatssekretär Bergmann, mit den deutschen Vorschlägen vor der Tür des Verhandlungssaales und wartet auf Einlaß, während Poincare, der Vorsitzende, ihm „einstimmig" sagen läßt, er werde zum mündlichen Vortrag nicht zugelassen werden, die deutsche Regierung solle ihre Vorschläge schriftlich einreichen. Das Spiel von London, die Kulisse des Diktates, wiederholt sich in anderer Aufmachung. Die Schwierigkeiten, die Poincare einer aktiven deutschen Politik bereiten würde, waren vorauszusehen, ja noch mehr, man kann sogar erwarten, daß die deutschen Vorschläge auch diesmal unter dem Drucke Poincares „einstimmig" abgelehnt werden. Und doch ist dieser Weg des neuen Kabinettes Cuno der einzig richtige für Deutschland in seiner augenblicklichen traurigen Lage.

Derweilen hat Poincare der Konferenz seinen französischen Plan für das Reparationsproblem unterbreitet. Man kann nicht behaupten, daß der Poincarésche Drosselungsplan etwas Neues bringe. Alle diese Pläne sind im Wesentlichen durch die schon seit Wochen hinauströpfelnden Nachrichten des „Temps", „Echo de Paris", „Petit Parisien" hinlänglich bekannt, neu ist höchstens, daß der geschäftige Dementierapparat, der alle diese Pläne seiner Zeit als übertrieben hinstellte, wieder einmal etwas dementiert hat, was nicht zu dementieren war. Im Kern läuft der französische Plan, in Abänderung des rein militärischen Elyseeprogrammes, auf eine rigorose wirtschaftliche Ruhrbeherrschung hinaus, die in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft sicher ebenso mörderisch ist wie die ursprünglich in der Elyseeberatung geplante Besetzung des Ruhrgebietes. Diese Besetzung des Ruhrgebietes, das heißt eine baldige Besetzung von Essen bis Bochum, ist aber immer noch nicht aus dem französischen Plan verschwunden, sie wird weiter angedroht bei Nichtannahme der menschenfreundlichen Vorschläge Poincares, sie wird versteckt als eigene französische Aktion angedroht, wenn die übrigen Konferenzteilnehmer mit Frankreich über Deutschland in dieser Frage nicht einer Meinung sein sollten.

Dem Poincaréschen Vorschlage steht ein englischer Sanierungsplan gegenüber, der allerdings weit entfernt ist von der glatten Raub- und Mordlust Poincares, der aber immerhin auch mit Leistungen spielt, die nach Ansicht verständiger und besonnener Wirtschaftler über unsere Kraft gehen, der aber weiter auch mit der unerhörten Forderung einer fremdländischen finanziellen Ueberwachung, einer Ottomanisierung Deutschlands, operiert. Mit englischer Sophistik wird zwar vor der Hand der brutale Faustschlag Poincares, der Rhein und Ruhr, Essen und Bochum als Faustpfand sofort fordert, abgelehnt; die Ablehnung ist aber keine klare, sondern nur eine vorläufige, läßt „bei Verfehlungen" die „einstimmige" Maßnahme „weiterer militärischer Besetzungen" immer noch bestehen. Eine Klärung und Hilfe sind die englischen Vorschläge keineswegs, im besten Falle höchstens eine Galgenfrist, schon darum, weil die einseitige Feststellung der Leistungsfähigkeit des geschwächten und ausgepowerten deutschen Wirtschaftskörpers auf Diktat und nicht auf Wirtschaftseinsicht, gewonnen aus den tatsächlichen Verhältnissen, beruht. Ueber dem gesamten englischen Plane schwebt aber, wie bereits gesagt, das Verhängnis, daß beim Scheitern der französischen Raubgelüste Poincare droht, auf eigene Faust sich seine Pfänder zu holen. Der Optimismus, daß schon zur Stunde England Frankreich ernstlich daran hindern werde, ist ein derartig waghalsiger, daß er eigentlich in eine politische Betrachtung ernster Art nicht hineingehört.

Schon der erste Verhandlungstag in Paris hat gezeigt, daß die deutschen Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang dieser Konferenz für Deutschlands allernächste Zukunft nur sehr, sehr geringe sein können. Jedenfalls steht allen fadenscheinigen Kompromissen der feste Wille der ehrlichen Cunoschen Politik gegenüber, nichts mehr zu unterschreiben, nichts mehr anzunehmen, auf keine Verpflichtung mehr einzugehen, die Deutschland nicht nach ehrlichem, kaufmännischem Gewissen in abmeßbarer Zeit erfüllen kann, ohne sich selbst zu ruinieren. Diese deutsche Politik ist trotz aller Drohungen und vielleicht auch aller Qualen der nächsten Zeit die Einzigmögliche Politik des ehrlichen Mannes, dem die Ehre seiner Nation über alles geht, der seinen ehrlichen Namen behalten will und der ehrlich gesonnen ist, aus dem Trübsal dieser Tage

sich wieder zu sonnigeren Höhen emporzuarbeiten. Essen und Bochum als die zunächst bedrohten Opfer Poincareschen Eroberwahns, werden auf jeden Fall gut tun, sich trotz Kompromißverhandlungen, trotz langem Hin und Her, was nun kommen wird, auf alle Eventualitäten einzustellen. Daß auch im deutschen Ruhrgebiet, ganz besonders in Essen und Bochum, beim Eintreten des bösesten Falles Poincare einen ebenso scharf behüteten deutschen Wall finden wird, wie ihn heute schon Rhein- und Saarland bietet, bedarf keiner weiteren Erörterung. Ja noch mehr, es wäre nach unserer Anschauung eine Beleidigung der Ruhrbevölkerung, ganz gleich, welcher politischen Anschauung sie hinneigt, wollte man ihren Deutschcharakter überhaupt einer Erörterung unterziehen. Wird auch in dem herben Zug dieser Zeit von der Ruhr das Deutschopfer gefordert, so wird Frankreichs Eroberungsgelüsten auch hier derselbe harte deutsche Halt entgegenstehen, wie am Rhein.

Des bedrängten Vaterlandes Wohl, des Vaterlandes Gesundung erfordert endlich eine feste, deutsche Politik, die den unausgesetzten Ausraubungen, Ausplünderungen und Ausbeutungen deutschen Landes ein festes deutsches Halt entgegensetzt. Durch keine Drohungen übermütig gewordener Räuber dürfen wir uns verleiten lassen, von dem Wege des „ehrlichen Kaufmannes“ abzuweichen, Unterschriften unter Verträge zu setzen, die wir nicht erfüllen können und aus nationalem Ehrgefühl nicht erfüllen dürfen. Wir müssen unseres ehrlichen deutschen Namens willen, unserer hehren deutschen Geschichte wegen in dieser Stunde der Not, geschlossen wie ein Mann, hinter der ehrlichen deutschen Politik des Kabinettes Cuno stehen, koste es, was es wolle. Opfer, die diese Politik erfordert, sind Opfer für das deutsche Volk, Opfer auf dem steinigen Wege einer deutschen Gesundung, die nur kommen kann, aber auch kommen muß, wenn die deutsche Politik unerschrocken und gerade den Weg der Ehrlichkeit, den Weg des nationalen Selbstbewußtseins geht. Wenn man in dem französischen Sanierungsprogramm die Erläuterungen zu Poincares neuen Raubplänen durchliest, so finden wir wieder die unerhörte französische Unverschämtheit mit dem Hinweis auf den bösen Willen der deutschen Industrie, des deutschen Kapitals. Wir wissen diese Unverschämtheiten zur Verschleierung gemeinen Raubes richtig einzuschätzen; wir meinen, man mag da sonst politisch stehen, wie man will, der durch die Tat bekräftigte soziale Geist der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals wird jeder Zeit mit hohen Ehren jeden Vergleich mit französischem Kapital und französischer Industrie bestehen können.

Tief bedauerlich ist es allerdings, daß der blumenreiche Wortschatz dieser französischen Anwürfe über deutsche Kapitals- und Industrieräuber, über bösen Willen und Steuerdrückerei aus dem Arsenal der verblendeten deutschen Kreise stammt, die in der deutschen Not seit 1918 immer noch nicht begriffen haben, daß für parteipolitische Machtgelüste jetzt ohne Gefährdung des Volksganzen, des nationalen Bestandes kein Raum ist. Auch selbst in diesen ernsten Stunden tobt noch bis in die sozialistischen Blätter des direkt bedrohten Ruhrbezirkes hinein die parteipolitische Hetze des Sozialismus gegen das bürgerliche Kabinett Cuno. Wir bedauern diese Erscheinungen auf das Tiefste in Stunden, wo nationale Geschlossenheit, bewußter nationaler Wille erstes Erfordernis sein müssen.

R—r.

Wirtschaftliche Aufklärung.

Als Partei der Wirtschaft beginnt die Deutsche Volkspartei die Arbeit des Jahres 1923 mit einer grundlegenden Aufklärung über die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands. Die Reichsgeschäftsstelle der Partei untersucht deshalb in der neuen, zur Jahreswende erschienenen Nummer der rühmlich bekannten Archivhefte der Partei die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not und sucht dann die Rettungswege festzustellen. In diesem Heft wird nur das berücksichtigt, was wirtschaftlich und politisch das Entscheidende ist. Dieses Notwendige ist in seiner logischen und psychologischen Verbindung schlagwortartig so plastisch zusammengepreßt worden, daß eine reliefartige Darstellung unserer wirtschaftlichen Gesamtlage entstanden ist, die den Zusammenhang von Ursache und Wirkung überall ohne weiteres erkennen läßt.

Auf 32 Seiten sind zirka 50 Kapitel behandelt, zum Teil in Form von Frage und Antwort. Die Fragen sind zielsicher gestellt, die Antworten überzeugend. Für die anschauliche Art des Archivs, wirtschaftliche Probleme leicht verständlich zu machen, mögen einige Teilüberschriften aus dem Kapitel über die Kreditnot zeigen: „Arme Länder können nicht kaufen“, „Reiche Länder nehmen den armen Ländern das Geschäft weg“, „Arme Völker werden die Lohnarbeiter der reichen“, „Arme Industrien täuschen sich durch Scheingewinne“ usw. Diesen Teilüberschriften folgen Angaben über den Rückgang der Einfuhr wichtiger ausländischer Rohstoffe, über Betriebseinschränkungen infolge Kreditverweigerung, über die Auffaugung des internationalen Frachtengeschäfts und Personenverkehrs in der Schiffahrt durch England und Amerika, die ihren Kunden langfristige Kredite gewähren können, während das verarmte Deutschland selbst Kredit beanspruchen muß; es folgen Angaben über die Lohnarbeit deutscher Konzerne im Dienste ausländischer Firmen, dann werden die Scheingewinne der Industrien und Banken durch Umrechnung der Papierdividenden in Gold auf ihren wahren Wert zurückgeführt usw.

In gleicher Weise wird durch eine Reihe kleinerer, aber überzeugender Bilder das schwierige Gebiet der Inflation veranschaulicht. Als besonders verhängnisvoll wird es bezeichnet, daß in einem Augenblick, wo Amerika Milliarden für den Ausbau seiner Universitäten und technischen Hochschulen ausgibt, Deutschland nicht mehr imstande ist, die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft auch nur in der jetzt schon eingeschränkten Weise aufrecht erhalten zu können. Das Gesamtproblem wird in seiner Tiefe als ein ethisches erkannt und gewürdigt. Erst wenn Staat und Volkswirtschaft wieder voreinander ehrlich werden, wenn keiner von dem anderen mehr verlangt, als er hat und geben kann, erwächst uns aus dem Bewußtsein unlösbarer Volksgemeinschaft die Kraft, aufrechten Hauptes den langen, schweren, entbehrungsreichen Weg in eine bessere Zukunft zu gehen. Das Archiv der Deutschen Volkspartei erscheint im Staatspolitischen Verlag, G. m. b. H., Berlin, Friedrichstraße 226.

Nächste Sitzung des Staatsgerichtshofes am 18. Januar.

Die nächste öffentliche Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik findet am 18. Januar statt. Es handelt sich um die Beschwerde des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gegen eine Reihe von Auflösungsverfügungen, die von mehreren Ministerien, unter anderem von Thüringen, Hessen, Hamburg und Braunschweig ergangen sind.

Die Ueberschichten — und die linksradikale Verhetzung im Ruhrgebiet.

Von besonderer Seite.

Die Vertreter-Versammlung der Bergarbeiter beschloß, wie berichtet, das Ueberschichten-Abkommen zum 28. Februar zu kündigen. Bis zum 15. Januar ist es ohnedies für kraftlos erklärt worden, so daß voraussichtlich nur noch sechs Wochen lang Ueberschichten verfahren werden.

Begründet wird die Kündigung mit der schlechten Ernährungslage. Zunächst ist zu beachten, daß es sich nicht um eine Gesamtbestimmung der Bergarbeiter handelt. Zweifellos haben bei dem Beschluß der Vertreter innerpolitische Gründe und Triebkräfte mitgewirkt, während die außenpolitischen Gründe so gut wie unberücksichtigt geblieben sind. Schon als im November die Aufhebung des Ueberschichtenabkommens bis zum 15. Januar durchgedrückt wurde, waren parteisozialistische Umtriebe erkennbar. Wenn nicht Sozialdemokraten in die Regierung Cuno übernommen würden, dann sollten die anderen Parteien wenigstens die gewerkschaftspolitische Macht zu spüren bekommen. So wird mit den wichtigsten Belangen des deutschen Volkes von den sozialistischen Führern Schindluder getrieben.

Zu einer Zeit, in der es sich darum handelt, auch außenpolitisch den Beweis zu erbringen, daß Deutschland entschlossen ist, die Wiederherstellungslast im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu tragen, beginnen die Bergarbeiter mit dem Abbau der Kohlenerzeugung. Niemals ist bestritten worden, daß die Arbeit unter Tage schwer ist. Es kann aber auch nicht bestritten werden, daß die Entlöhnung der Bergarbeiter verhältnismäßig hoch und auskömmlich ist. Jedenfalls ist sie beträchtlich höher, als die des gesamten Mittelstandes, der heute wirklich unter einer schlechten Ernährungslage zu leiden hat.

Nun sollen im Januar Verhandlungen über neue Lohnerhöhungen der Bergarbeiter vor sich gehen. Sinkt die Kohlenerzeugung infolge des Wegfalls der Ueberschichten, so muß sich der Kohlenpreis bis zum März verdoppeln oder verdreifachen. Das bedeutet für unsere Wirtschaft die Steigerung aller Generalunkosten. Sie hätte dann nicht nur mit der Geldentwertung zu kämpfen, sondern auch mit einer echten Teuerung, deren Lasten gerade die Arbeiter und der Mittelstand zu tragen haben würden. Es kann also auch keine Rede davon sein, daß sich mit dem Ausfall der Ueberschichten die Ernährungslage der Bergarbeiter bessern könnte. Im Gegenteil, sie wird dann erst überhaupt schlecht werden, während sie heute noch gut ist.

Das deutsche Volk erwartet vom Reichsarbeitsministerium, daß es bei den Lohnverhandlungen festbleibt. Keine Erhöhung der Löhne ohne aus von sein, daß sich mit dem Ausfall der Ueberschichtenabkommens. Die parteisozialistischen Umtriebe dürfen nicht mehr geduldet werden, und der linksradikalen Verhetzung im Ruhrgebiet muß ein wirksamer Damm entgegengesetzt werden. Hier muß der Staat seine Macht zeigen.

Keine volksparteilichen Autonomisten in Ostpreußen.

Parteiamtlich schreibt die „Deutsche Volkspartei“:

Der Demokratische Zeitungsdienst regt sich sehr unnütz auf über einen Artikel der Königsberger Allgemeinen Zeitung, die den Demokraten, Sozialdemokraten und dem Zentrum vorgehalten hat, daß sie durch die Bestimmungen der Weimarer Verfassung den verschiedenen Autonomiebestrebungen Raum und Nahrung gewährt haben. In der Weimarer Verfassung ist bekanntlich „die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches“ vorgesehen, „wenn ein Drittel der zur Reichstagswahl berechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt“ und wenn in der Abstimmung über dies Verlangen „drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten“ dafür entscheidet. Diese Feststellung war erfolgt unter Hinweis auf leider bestehende ostpreußische Autonomiebestrebungen, gegen die sich auch die Demokraten mit anerkennenswerter Schärfe wenden. Trotzdem ist es ein Zeichen überreizten parlamentarischen Empfindens, wenn der Demokratische Zeitungsdienst hinter dem erwähnten warnenden Hinweis der Königsberger Allgemeinen Zeitung nun seinerseits gänzlich unverständlicherweise volksparteiliche Autonomiebestrebungen vermutet. Davon kann gar keine Rede sein. Weder die Deutsche Volkspartei Ostpreußens, noch die Königsberger Allgemeine denken irgendwie daran, ostpreußische Autonomiebestrebungen zu fördern, ganz gleichgültig, von wem sie ausgehen. Stehen, wie der Demokratische Zeitungsdienst behauptet, einzelne deutschnationale Kreise hinter den ostpreußischen Autonomiebestrebungen, so ist dies doppelt bedauerlich und für die Deutsche Volkspartei erst recht kein Anlaß, solche Bestrebungen zu fördern. Der Versuch des Demokratischen Zeitungsdienstes, die landestreuen Rheinländer, Westfalen und Hannoveraner gegen die Deutsche Volkspartei aufzubringen, weil diese angeblich die Autonomiebestrebungen in dem gefährdeten Ostpreußen unterstütze, richtet sich also von selbst. Zu dem Ausfall des Demokratischen Zeitungsdienstes und jetzt auch der Demokratischen Partei Ostpreußens lag erst recht kein Anlaß vor, nachdem die Königsberger Allgemeine Zeitung bereits am 18. Dezember vorigen Jahres noch einmal klar und eindeutig festgestellt hatte, daß ihr früher erschienener Artikel vom 15. Dezember lediglich als eine Warnung vor Autonomiebestrebungen, nicht aber als eine Förderung derselben aufzufassen sei. Es handelt sich bei dem demokratischen Vorgehen also nur um einen unnützen Versuch mit untauglichen Mitteln.

Ueber die Erstattung von Sanktionsschäden

In einer kleinen Anfrage wurde betont, daß in Kreisen der im Sanktionsgebiet Geschädigten eine Nachricht Erregung verursacht, nach der die vom Reichsfinanzminister vorgesehene Erstattung von Sanktionsschäden auf Grund eines Verlangens der Entente in Frage gestellt sei.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe beantwortete eine Anfrage zunächst mit der Mitteilung, die die interalliierte Rheinlandkommission dem Reichs- und preußischen Staatskommissar für das besetzte rheinische Gebiet gemacht hat, und in der folgendes ausgeführt wird: Da die Maßnahmen, um deren Erstattung es sich handelt, in Ausführung der von den interalliierten Regierungen getroffenen Anordnung erhoben worden sei, sei sie der Ansicht, daß eine Rückerstattung als eine Maßnahme, die geeignet erscheint, die Entscheidung der Londoner Konferenz vom 21. März 1921 umzustoßen, nur mit Einwilligung der an dieser Konferenz beteiligt gewesenen Regierungen erfolgen könne. Das die Erstattung anordnende Rundschreiben des Finanzministers könne daher nach ihrem Dafürhalten im besetzten Gebiet nicht zur Anwendung kommen, und sie ersuche die Zahlstellen anzuweisen, daß bis auf neue Anordnungen jede Rückerstattung ausgesetzt werden soll.

Nach dem Wortlaut dieser Mitteilung, so heißt es, antwortete der Minister, daß die Entscheidung nur eine vorläufige sein könne. Weitere Verhandlungen sind eingeleitet; in diesen wird der Standpunkt vertreten, daß deutsche Staatsangehörige, die aus ihrem Vermögen Leistungen an die Alliierten gemacht haben und deren Gegenwert der deutschen Regierung gutgeschrieben wird, Anspruch auf Erstattung durch das Reich haben.

Die englischen Lohnämter.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die kollektive Regelung der Löhne und Gehälter hat in allen Industriestaaten ihren Siegeszug gewonnen. Gleichzeitig sind mit der Ausbreitung des Tarifvertragswesens öffentliche Körperschaften zur Festlegung der Lohnsätze bezw. der Mindestlöhne in erster Linie als Schlichtungsstellen für Streitigkeiten entstanden. Auch in England sind Lohnämter ins Leben gerufen worden. Es ist jedoch typisch für die Meinung der englischen Oeffentlichkeit, daß sich nach und nach eine öffentliche Gegenströmung gegen die Lohnämter geltend macht und sich das Prinzip der Freiwilligkeit und der Ungebundenheit der einzelnen Person beim Abschluß des Arbeitsvertrages wiederum durchzusetzen beginnt. So wurden die Lohnämter für die englischen Landarbeiter aufgehoben und durch ein System von Einigungsausschüssen, die auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruhen, abgelöst. Auch für die Industriearbeiterschaft sollen neue Lohnämter grundsätzlich nicht geschaffen werden, es sei denn, daß der Arbeitsminister die allgemeinen Lohnsätze für ungewöhnlich niedrig hält und geeignete Organisationen für die Festsetzung der Löhne fehlen. Das „Cabs Committee“ geht darauf aus, daß nur allgemeine Mindestlohnsätze mit strafrechtlicher Bindung und alle sie übersteigenden Sätze mit zivilrechtlicher Bindung festgelegt werden sollen, und zwar auf dem Wege der Uebereinstimmung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmermitgliedern der Aemter. Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde jedoch eine Aenderung der Gesetzgebung bedeuten.

Salandra italienischer Völkerbundsdelegierter

Zum 1. Delegierten der italienischen Regierung im Völkerbund wurde anstelle Marquis Imperiali Salandra ernannt.

Das Defizit der polnischen Eisenbahn.

Nach der „Przeglad Wieczerny“ wird das Defizit der polnischen Eisenbahn für 1923 auf 150 Milliarden geschätzt.

Die Namen der Wochentage.

Von F. K. G. H.

(Nachdruck verboten.)

Der Sonntag hat seinen Namen von der Sonne erhalten; althochdeutsch heißt er sunnentac. Er galt schon bei den heidnischen Germanen als Wochenfeiertag. In der Christenheit ist er sehr früh als Tag der Auferstehung Jesu heilig gehalten worden, wenn er auch zu Anfang nicht allen Christen als Ruhetag galt. Mehr als 400 Jahre bewahrten die Judenchristen und andere christliche Gemeinden in Kleinasien den Sonnabend, den Sabbath des Alten Testaments, als „Tag des HErrn.“ Der Sonntag als Auferstehungstag genoß aber auch bei ihnen einen Vorrang vor den anderen Wochentagen. Erst unter Kaiser Konstantin dem Großen im ersten Drittel des vierten Jahrhunderts kam es zur allgemeinen christlichen Anerkennung des Sonntags als des für die ganze Christenheit gültigen Feiertages; doch waren an ihm immer noch mancherlei gewöhnliche Tagesgeschäfte erlaubt. Daß der Sonntag der einzige und durch völlige Arbeitsruhe heilig zu haltende Wochenfeiertag in der abendländischen Christenheit sein soll, ordnete schließlich Kaiser Leo III. (717 bis 741) an.

Der Montag müßte eigentlich Mondtag geschrieben werden, denn er hat seinen Namen vom Monde erhalten. Auch andere Völker benennen ihn nach dem Monde, so die Spanier Lunes, die Franzosen lundi, die Italiener lunedi, — Namen, die dem lateinischen dies lunae, d. i. Tag des Mondes, nachgebildet sind; und ihnen entsprechen das holländische Maandag, das schwedische und das dänische Mandag, das englische monday. Für die Bezeichnung Blauer Montag gibt es mehrere Erklärungen. Am meisten trifft wohl folgende zu. Ursprünglich gab es nur einen blauen Montag, nämlich den vor dem Fastendienstag, an dem in den Kirchen der Altar, die Kanzel und der Taufstein blau bekleidet wurden. Was das Feiern der Handwerksgesellen am Montage, das Blaumachen, anfangt, so hat das folgende Entwickelung genommen. In früheren Zeiten war denjenigen Gesellen, die am Sonntag hatten arbeiten müssen, der Montag arbeitsfrei gegeben. Diese Vergünstigung nahmen dann allmählich auch andere Gesellen in Anspruch, und so bürgerte es sich ein, zunächst die Montage in der Fastenzeit „blaue“ Montage sein zu lassen, d. h. zu feiern, und dann überhaupt jeden Montag.

Dienstag müßte eigentlich Diestag geschrieben werden, denn er kommt von Ziu, dem Namen des altgermanischen Kriegsgottes. In Süddeutschland sagte man früher Zistag, Zistig, das als „Tag des Ziu“ deutlich erkennbar ist. Mit Dienst hat der Name nichts zu tun, auch nicht mit Ding (Thing, d. i. Gericht), wenn auch in früheren Zeiten öfter Dingstag statt Dienstag geschrieben wurde. Das n in dem Namen ist lediglich ein Einschiebsel, von dem man nicht weiß, wo und wann es hineingekommen ist. Der Engländer sagt Tuesday, das auch auf Ziu hinweist.

Der Name Mittwoch erklärt sich von selbst: in der mit dem Sonntag beginnenden Woche steht er in der Mitte. Der englische Name Wednesday kommt von Wodan (Wuotan, Odin), dem obersten Gotte der germanischen Völkerschaften, und weist darauf hin, daß bei diesen der Tag dem Gotte geweiht war. In der Tatt hieß bei den germanischen Stämmen der Tag Wodans-, Odinstag, Gwodanstag, Gunstag, und noch heute hören wir in Westfalen Godensdag für Mittwoch.

Der Donnerstag führt seinen Namen zu Ehren des von den nordischen Germanen verehrten Gottes Donar (Thunar, Thor), dem Beherrscher des Blitzes und Donners, der Wolken und des Regens. Auch das englische Thursday geht auf Thor zurück. Der Gründonnerstag wurde bereits im siebenten Jahrhundert als Gedächtnistag der Einsetzung des heiligen Abendmahls gefeiert, indem er kam der Name „grüner“ Donnerstag erst um 1200 auf, und zwar nach einer alten Erklärung daher, weil an diesem Tage das erste grüne Gemüse gewossen zu werden pflegte, dem man heilbringende Kräfte beimaß. Glaubhafter ist aber die Herkunft des „grün“ von dem Gebrauche, an diesem Tage in Erinnerung an die Einsetzung des Abendmahls, die zu Kirchenbußen Verurteilten von ihren Sünden loszusprechen und wieder in die Gemeinde aufzunehmen. Die Losgesprochenen hießen virides, d. i. Grüne, Frische, Sündenlose. Daher kommt auch die Benennung Antlaßtag, Entlaßtag, Elaßtag), die für den grünen Donnerstag früher in einigen Gegenden gebräuchlich war.

Nach der altgermanischen Göttin Freya (Frija, Frigg) ist der Freitag benannt. Sie wurde als Schutzgöttin der Liebe und Ehe verehrt, und in gleichem Sinne war auch bei den alten Römern der Freitag der Liebesgöttin Venus geweiht (dies Veneris). Das englische Friday und das schwedische Fredag lassen dieselbe Herkunft erkennen. Ob der Karfreitag, der in der christlichen Kirche als Todestag Jesu seit der Mitte des zweiten Jahrhunderts gefeiert ist, nach dem griechischen Worte charis, d. h. Gnade, oder nach dem lateinischen carus, d. i. teuer, lieb, oder nach dem altdeutschen kar, leiden, seinen Namen trägt, ist nicht sicher zu entscheiden. In der muhamedanischen Welt gilt der Freitag als der Wochenfeiertag im Sinne des christl. Sonntags.

Sonnabend bedeutet der Abend vor dem Sonntage, während Samstag, wie er in Süddeutschland und Oesterreich heißt, aus Sabbatstag (althochdeutsch sambaztac) entstanden ist. In Norddeutschland heißt er (platt) Saterdag. Dieser Name sowie das holländische Saturdag und das englische Saturday sind von Saturnus, dem altrömischen Gotte, herzuleiten.

Die unendliche Weinflasche.

Von Gustav Hochstetter.

(Nachdruck verboten.)

Es war weniger die Güte des Weines, die uns zu langem Verweilen beisammen hielt, als ein seltener Reiz idyllischer Abendstimmung.

Der See lag als ein Riesenspiegel ohne Ende. Der Vollmond warf märchenhafte Lichtflecke durch die Bäume, deren Zweige im lauen Nachtwind leise zitterten.

Georg, Hilde und ich tranken eine Flasche Mosel . . .

Eine . . .

Die wurde nicht alle und wurde nicht alle.

Nachdem ich aus ein- und derselben Pulle das zweiundzwanzigste Glas vollgegossen hatte, zündete ich die Windlampe an und untersuchte den Fall.

Es ergab sich:

Bei dem harten Aufsetzen in den Weinkühler mußte sich der Boden unserer Flasche eine kleine Wunde geholt haben.

Und allmählich hatten wir auf diesem Umweg fast das ganze Wasser aus dem Weinkühler ausgetrunken.

Die Lausanner Konferenz.

W. **Lausanne**, 3. Jan. Curzon ist aus Paris zurückgekehrt. Der zweite russische Delegierte Rakowski ist nach Charkow abgereist. Tschitscherin wird dagegen, wie man in Kreisen der russischen Delegation versichert, bis zum Ende der Konferenz verbleiben. Die Verhandlungen nahmen gestern einen ruhigen Verlauf, jedoch wartete man mit großer Spannung die Nachrichten von der Pariser Konferenz ab, von denen man einen entscheidenden Einfluß auf die Lausanner Ereignisse vermutet. Inzwischen laufen hier die verschiedensten Gerüchte herum. Einerseits wird behauptet, daß die türkische Abordnung von Angora scharfe Instruktionen erhielt, während gleichzeitig erklärt wird, daß die Alliierten den Türken noch vor Ablauf der Woche ein endgültiges Friedensprogramm unterbreiten wollen. Es ist möglich, daß die nächste Sitzung über die Kapitulationen, die morgen oder übermorgen stattfinden soll, Aufklärung über die maßgebenden Tendenzen auf beiden Seiten bringt, da die Türken und Alliierten nunmehr ihre endgültige Stellungnahme zu den noch bestehenden ernsten Gegensätzen bekanntgeben wollen.

*

Reuter meldet aus Gaya: Der nationalistische indische Kongreß beschloß, falls die Türkei in einen Krieg verwickelt wird, sofort die passive Resistenz zu proklamieren und für diesen Fall ferner Propaganda unter der Polizei und im Heer zu treiben, die sich gegen die Rekrutierung und die Unterzeichnung von Kriegsanleihen wenden würde. Ferner wurde beschlossen, in diesem Falle eine Legion aufzustellen, die unter der Regierung von Angora dienen soll.

*

Kleine Nachrichten.

Pa. M.-Gladbach, 3. Jan. In der Textilindustrie des M.-Gladbach-Rheydter-Bezirks ist ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden. Für die Zeit vom 18. bis 30. Dezember werden die Zuschläge zu den im August 1922 vereinbarten Löhnen von 500 auf 750 v. H. erhöht. Der vereinbarte Wochenlohn, eines Webers steigt dadurch auf rund das 810fache des Lohnes vor dem Kriege, der einer Weberin auf rund das 890fache. Für die beiden ersten Januarwochen wird der Zuschlag um weitere 50 auf 800 v. H. erhöht.

Halle, 3. Jan. Es ist der Polizei bisher noch nicht gelungen, die Täter der Dynamitanschläge auf mehrere Denkmäler zu ermitteln. Nach dem Anschlag auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal und die Villa Lohmann versuchten die Täter übrigens auch das Siegesdenkmal am Königsplatz zu sprengen, konnten aber von einer Streife der Schutzpolizei daran gehindert werden. Auf die Ergreifung der Täter sind von privater Seite jetzt 1 Million Mark zur Verfügung gestellt worden.

München, 3. Jan. Ein Meisterwerk der Bildhauerkunst, Peter Pöppelmanns „Frühling", das der Königin Carola von Sachsen gehörte und als geschütztes Kunstwerk an das Ausland unverkäuflich war, ist vor ein paar Monaten vom Pächter des Deutschen Theaters in München (Varietés) erworben worden, der die marmorne aphroditische Schönheit im Treppenhaus aufstellen ließ. In der Neujahrsnacht wollte ein kraftmeisterischer Tiroler den 4 Zentner schweren Marmorblock heben, ließ ihn fallen und das Kunstwerk zerschellte in Stücke. Ein Modell davon ist im Albertinum in Dresden.

Haftbarkeit der Streikleitung.

Wichtiges Kammergerichtsurteil.

Daß eine Streikleitung für alle Schäden haftet, die aus gesetzwidrigen Handlungen der Streikleitung selbst, der von ihr Beauftragten, (z. B. der Streikposten) und ferner aus Ausschreitungen der Streikenden erwachsen, ist neuerdings auch durch Urteil des Kammergerichts festgestellt (GRG., 28, 1, S. 16), ebenso wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mitglieder der Streikleitung solidarisch haften und daß ein Verschulden der Streikleitung und ihrer einzelnen Angehörigen von vornherein als gegeben anzusehen ist, solange nicht das Gegenteil erwiesen wird. Danach ist also nicht von anderer Seite die Schuld der Streikleitung nachzuweisen, sondern diese oder die einzelnen ihr angehörigen Personen haben nachzuweisen, daß sie an den gesetzwidrigen Handlungen selbst schuldlos sind und ferner auch, daß sie alles getan haben, um diese Handlungen und Vorkommnisse zu verhindern. Das Kammergericht sprach aus, daß, solange ein führendes Mitglied einer Streikleitung nicht glaubhaft mache, daß die Streikleitung alle Bemühungen aufgewendet habe, um einen gesetzlichen Verlauf des Streiks sicherzustellen, daß aber aus besonderen (natürlich nachzuweisenden) Gründen diese Bemühungen gescheitert seien, oder etwa daß das betreffende Mitglied sich in der Streikleitung nicht habe durchsetzen können, das betreffende Mitglied der Streikleitung solange die Vermutung gegen sich gelten lassen muß, daß es die Ausschreitungen habe geschehen lassen wollen und daß es dafür als haftbar angesehen werden müsse.

Die Streikleitung und ihre einzelnen Angehörigen sind also verpflichtet; wenn sie nicht für die daraus erwachsenden Schäden haftbar werden sollen; gesetzwidrige Handlungen zu verhindern. Es ist also nicht angängig, daß — wie es meist geschieht — die Streikleitung einfach ihre Hände in Unschuld wäscht und vorgibt, mit den Ausschreitungen selbst nichts zu tun zu haben. Die Schadenersatzpflicht ist auch dann gegeben, wenn unter Kontraktbruch in den Streik eingetreten und (nachweisbar) dadurch Schaden verursacht wird. Die Leitung jedes unter Kontraktbruch vor sich gehenden Streiks wird also schadenersatzpflichtig. Sie kann sich dem auch nicht mit dem Einwand entziehen, daß sie bemüht gewesen sei, den Kontraktbruch zu verhindern. Der Kontraktbruch ist gesetzwidrig, und wenn jemand die Leitung eines gesetzwidrigen Unternehmens übernimmt, so ergibt sich daraus, daß er das gesetzwidrige Handeln billigt und unterstützt. Er hat dann die nach dem Urteil sich ergebenden Folgen zu tragen. Wird die Leitung in die Hand eines oder mehrerer Gewerkschaftsbeamten gelegt, so wird die Gewerkschaft schadenersatzpflichtig, da sie für die rechtswidrigen Handlungen ihrer Angestellten, die sie veranlaßt oder duldet, aufzukommen hat.

Kunst und Wissen.

** **Das heutige Symphoniekonzert** bringt weiter die Werke des vorgesehenen Konzertprogramms, das nur in seiner Reihenfolge nicht ganz eingehalten werden konnte. Die Konzertleitung schreibt dazu: Am Anfang steht eine köstliche neuausgegrabene Symphonie von Luigi Boccherini in C-dur aus dem Jahre 1775. Diese Probe wertvollster Orchestermusik füllt seit langem eine Lücke zwischen Bach und Beethoven aus und zeigt, daß die Fülle wertvoller Werke in dem 18. Jahrhundert geschrieben wurde. Die Symphonie ist in einer Besetzung von 4 Flöten, 4 Hörnern und Streichern komponiert. In stilreiner Entwicklung steht daneben ein köstliches Konzert für 4 Violinen von Antonio Vivaldi, das dem großen Johann Sebastian Bach derart begeisterte, daß er es zu einem Konzert für 4 Klaviere umschrieb. Die vier Sologeigen sind von jüngeren Herren unseres Orchesters unter Führung von Konzertmeister Rudolf Loos übernommen, um auch dem Nachwuchs Gelegenheit zu solistischem Auftreten zu geben: den Herren Emil Wellershaus, einem in Bochum bereits bekannten Solisten, Franz Rotermund und Oskar Kirmse. Den Schluß des Abends bringt die große Sechste Symphonie in A-dur von Anton Bruckner. Dieses Werk wurde bisher in Bochum noch nicht gegeben. Wie erinnerlich, brachte das Bruckner-Fest nur die 4., 7., 8. und 9. und der vorige Konzertwinter die 5. Symphonie des Meisters. Die Sechste steht zu den anderen Symphonien in einem seltsam köstlichen Gegensatz, am stärksten könnte man ihren Inhalt in einer Anlehnung an Mozart und Schubert erklären. Das Konzert beginnt pünktlich abends 8 Uhr.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Auseinandersetzungen in Paris.

Aus dem englischen Reparation-Plan.

w. **Paris**, 3. Jan. Im englischen Reparationsplan heißt es am Schluß:

Die leitenden Grundsätze des Planes sind:

1. Ein Mindestmaß der deutschen Verpflichtungen festzusetzen innerhalb der jüngsten Berechnungen der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Sachverständigen, sowie eine Zusatzverpflichtung, die zunächst nicht ungebührlich belastend ist, die aber von einem unparteiischen Tribunal noch herabgesetzt oder gestrichen werden kann, wenn sie sich zukünftig als übermäßig erweisen sollte.

2. Anstelle der zurzeit festgestellten Schulden der europäischen Alliierten an Großbritannien eine Regelung zu setzen, wonach mit Ausnahme eines kleinen Prozentsatzes, der die Form einer Anweisung auf die deutschen Obligationen erhalten könnte, alles nachgelassen würde, wobei jedoch über das festzusetzende Mindestmaß hinausgehende deutsche Zahlungen allgemein zur Abdeckung europäischer Schulden an Amerika verwandt werden könnten.

3. Deutschland günstige Bedingungen für eine frühzeitige Vorauseinlösung der jährlichen Zahlungen zu gewähren. Die erste deutsche Schuld erhält die Form von 50 Milliarden 32jähriger Goldmarkbonds, die während der ersten vier Jahre nicht verzinst werden; während der nächsten vier Jahre beträgt der Zinsfuß vier, nachher fünf Prozent. Ein Tilgungsfonds ist nicht vorgesehen, aber die Bonds können unter Bedingungen eingelöst werden, die, wenn der deutsche Kredit sich erholt, ermöglichen, daß Zinsen und Tilgung für die Anleihen, die zur Einlösung erforderlich sind, aus den Ersparnissen an Zinsen für die Bonds gedeckt werden können. Deutschland hat dadurch den doppelten Anreiz, sich von der Oeffentlichkeit zur Einlösung der Originalbonds Geld zu leihen. Diese sind nicht zur Ausgabe an das Publikum bestimmt, sondern dienen lediglich als Sicherheit für die jährlichen Zahlungen und als Belege für Verrechnungszwecke.

a) sie befreit sich dadurch von ihrer direkten Verpflichtung gegenüber den alliierten Regierungen,

b) sie setzt ohne weitere Kosten eine beschränkte Verpflichtung an Stelle der dauernden. Vorzüge, die für den Plan in Anspruch genommen werden, sind die, daß die Annahme die Wiederherstellung des deutschen Kredits ermöglichen und zur Gewinnung von sehr erheblichen Summen für Reparationszwecke führen würde, während das Verharren bei einer Politik, die unmögliche Ansprüche gewaltsam durchzusetzen sucht, schließlich mit einer allgemeinen Zerstörung des Kredites enden würde.

Der gegenwärtige Wert der ersten Schuld im Sinne dieses Planes kann infolge der verschiedenen Einlösungsmöglichkeiten nicht genau geschätzt werden. Führt die Annahme des Planes zu einer raschen Wiederbelebung des deutschen Kredites, wird Deutschland fähig, durch Aufnahme von Anleihen den Gesamtbetrag der festgesetzten Jahreszahlungen in den ersten paar Jahren abzuzahlen, so würde der gegenwärtige Wert nicht mehr als 20 Milliarden betragen und könnte möglicherweise niedriger sein. Aber wenn das geschehen sollte, würden die Alliierten tatsächlich diese 30 Milliarden erhalten haben; Deutschland wäre zweifellos in der Lage, für den Dienst der zweiten Serie Bonds zu bezahlen, wenn sie nach zehn Jahren geschaffen werden, diese Serien ebenfalls sehr schnell einzulösen. In diesem Falle hätten diese Bonds der zweiten Serie einen Gegenwartswert von mindestens 7,4 Milliarden unter Zugrundelegung einer Verzinsung von 6¼ Prozent, sodaß unter dieser Voraussetzung die ganze Schuld mit einem Gegenwartswert von über 37 Milliarden in zwölf oder fünfzehn Jahren, hauptsächlich in den ersten zehn Jahren beglichen werden. Bei der ungünstigsten Annahme, daß keine deutschen Anleihen zustandekommen, weder jetzt noch zukünftig, daß die Bonds der zweiten Serie gänzlich gestrichen werden müssen, daß Deutschland lediglich die Zinsen der ersten Serie bezahlt, und zwar als dauernde Annuität, die in vier Jahren mit zwei Milliarden beginnt und sich nach weiteren vier Jahren auf 2½ Milliarden steigert, beträgt der Gegenwartswert unter Zugrundelegung einer fünfprozentigen Verzinsung 39½ Milliarden. Die Deutschland auferlegte Last, die sich ermäßigen würde, wenn sie Einlösungsanleihen zu günstigen Bedingungen aufnimmt, deckt fast alle finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag.

w. **Paris**, 3. Jan. Der englische Reparationsplan sieht als Organ der Ueberwachung der deutschen Finanzen einen Finanzausschuß aus Personen vor, die von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien berufen werden und aus zwei Mitgliedern Amerikas oder einer neutralen europäischen Nationalität. Den Vorsitz soll der deutsche Finanzminister führen, der aber nur im Falle der Stimmengleichheit eine Stimme haben würde. Die Verbindung des Finanzministers mit dem Ausschuß würde die einzige Methode sein, durch die eine fremde Einmischung dem demokratischen deutschen Mechanismus angepaßt werden könne. Der Ausschuß würde bei jeder Gelegenheit Beratungen abzuhalten haben, je nachdem es die Ausübung der Exekutivgewalt verlange, die gegenwärtig bei der Reparationskommission und dem Garantieausschuß liege. Die Reparationskommission könne erforderlichenfalls als reine richterliche Instanz beibehalten werden.

Die zweite Sitzung. — Noch keine Antwort an Staatssekretär Bergmann.

TU. **Paris**, 4. Jan. Die gestrige zweite Sitzung der Pariser Konferenz begann um 3 Uhr nachmittags. Der erste Teil der Sitzung war bis 5,20 Uhr von einer langen

Rede Poincares

ausgefüllt, in der der französische Premierminister seine Einwände gegen den englischen Plan auseinandersetzte. Er wies darauf hin, daß der Plan Bonar Laws die wesentlichsten Bestimmungen des Versailler Vertrages verletze, daß er den im Geiste des Vertrages gefaßten Zahlungsplan von 1921 zerstöre, und daß er überdies Deutschland ungewöhnlicherweise von seinen Verpflichtungen entlaste. Deutschland wäre danach mit seiner herabgesetzten äußeren Schuld und seiner kaum noch existierenden Staatsschuld in der Lage, den Plan einer europäischen Vorherrschaft, den der Krieg unterbrochen habe, wieder aufzunehmen. Poincare machte ferner darauf aufmerksam, daß die Zahlungen, die nach dem englischen Zahlungsplan den Alliierten zufallen sollten, völlig ungenügend wären, da die deutsche Schuld nach englischer Schätzung heute nur noch 25 Milliarden betragen würde, und von diesen 25 Milliarden hätte Frankreich nur 10 zu erwarten. Schließlich bemerkte Poincare, daß im Hinblick auf die Schuld Frankreichs an die Vereinigten Staaten und die Verpflichtung, die dem Lande durch Zahlung an Pensionen und Wiederherstellung der zerstörten Gebiete erwachsen, die Lage Frankreichs an den entscheidenden Zahlungsterminen um die Hälfte ungünstiger sein würde, als die Lage Englands. Nach dieser Rede trat eine Teepause ein, die bis 6 Uhr dauerte. Bei Wiederaufnahme der Sitzung nahm

Bonar Law

das Wort. Er brachte den Gesichtspunkt der englischen Abordnung zur Sprache. Nach ihm erörterte der belgische Ministerpräsident

Theunis

die Auffassung Belgiens; er erklärte sich mit Poincare solidarisch. Der italienische Vertreter

Della Toretta

stellte in Aussicht, daß er heute einen abgeänderten italienischen Plan vorlegen werde, mit dem versucht werden soll, die englischen und französischen Auffassungen einander zu nähern. Um 7,25 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

w. **Paris**, 3. Jan. Havas berichtet: Die Konferenz vertagte sich auf Mittwoch nachmittag, um den verschiedenen Delegationen Zeit zu lassen, die verschiedenen Thesen getrennt zu studieren. Diese zuerst für 3 Uhr nachmittags vorgesehene Sitzung werde erst später festgesetzt. Auch die vorgesehene Beratung der alliierten Sachverständigen sei vertagt, bis die Führer der Delegationen sich über die Grundsätze der vorgelegten Pläne ausgesprochen hätten. Inzwischen finde am Mittwoch vormittag im Elysee unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt. **Endlich scheine im Augenblick nicht die Rede davon zu sein, das Expose neuer deutscher Vorschläge durch den Staatssekretär Bergmann entgegenzunehmen.**

TU. **Paris**, 4. Jan. **Die Konferenz hat gestern noch keinen Beschluß in der Frage der deutschen Vorschläge gefaßt. Staatssekretär Bergmann hat bis gestern abend keinerlei Antwort der Verbündeten auf das Ersuchen um seine Anhörung erhalten. Das Interesse für die deutschen Vorschläge steht gegenwärtig natürlich ganz hinter der Frage zurück, ob die Konferenz an die Erörterung der Reparationsfrage herangeht oder die endgültige Regelung auf unbestimmte Zeit vertagt.**

Frankreich droht weiter mit Besetzung des Ruhrgebiets.

TU. **Paris**, 4. Jan. **„Presse" zufolge würde nach einer unerschütterlichen Ablehnung der französischen Vorschläge durch England die Besetzung des Ruhrgebiets sofort erfolgen.**

Englische Kompromißhoffnungen.

w. **London**, 3. Jan. **Reuter meldet aus Paris, die englische Regierung sei willens, eine vernünftigerweise mögliche Strecke mit den Alliierten zusammenzugehen, um ein Kompromiß zu finden, indem sie hofft, daß Frankreich die äußersten Bedingungen seines Planes aufgeben werde. Es wird betont, daß die Belgier, die keinen eigenen Plan vorgelegt haben, in den vorangegangenen Konferenzen als Vermittler zwischen Frankreich und Großbritannien gewirkt hätten. Es ist zu hoffen, daß die Belgier auch jetzt einen mildernden Einfluß ausüben werden. Die Belgier und Italiener stehen den englischen Plänen weniger ablehnend gegenüber als Frankreich. Man glaube, daß bei allem Takt und aller Geschicklichkeit auf Seiten der alliierten Premierminister es möglich sein wird, eine annehmbare Lösung der zwischen England und Frankreich bestehenden großen Meinungsverschiedenheiten zu finden.**

w. **London**, 3. Jan. Die Ablehnung des britischen Planes durch die französische Regierung findet in der Abendpresse große Beachtung. Wie gemeldet wird, wird in gut unterrichteten Kreisen in London jetzt die Ansicht ausgedrückt, daß starke Hoffnung bestehe, daß der drohende Abbruch der Konferenz vermieden werden könne. Die Schwierigkeiten, die entstanden seien, könnten überwunden werden mittels eines Kompromisses zwischen den Hauptgrundsätzen des britischen und des französischen Planes nach einer eingehenden Prüfung durch Sachverständige, um eine Erörterungsgrundlage zu schaffen und der Konferenz zu ermöglichen, weiter zu gehen.

Die Auffassung in Berlin.

TU. **Berlin**, 3. Jan. In hiesigen diplomatischen Kreisen beurteilt man die Lage nach Kenntnisnahme der verschiedenen in Paris vorliegenden Vorschläge nach wie vor ernst.

Der französische Vorschlag scheint amtlichen deutschen Kreisen kaum die Möglichkeit zu bieten, im Wege der Verhandlungen irgendwelche praktischen Ergebnisse zu erzielen, obwohl auch er gegenüber den bisherigen Tönen, die man aus Frankreich hörte, eine gewisse, allerdings minimale, Milderung erkennen läßt.

Zu dem englischen Vorschlage glaubt man allgemein, daß er ernstlicher Beachtung in jeder Hinsicht wert ist. Der Vorschlag, einen Finanzrat unter dem Vorsitz Deutschlands für alle wichtigen Fragen zu bilden, erscheint als eine Verhandlungsgrundlage durchaus möglich. Bedauert wird beim englischen Vorschlage nur, daß die Fristen, innerhalb deren Deutschland Leistungen im Reparationswege auszuführen hat, wesentlich länger laufen, als dies bei dem sehr wohl überlegten deutschen Vorschlage der Fall ist. Immerhin hält man ganz allgemein mit der Kritik gegenüber dem englischen Vorschlage in amtlichen Kreisen noch sehr zurück, weil man verständlicherweise zuerst abwarten will, welche Wirkungen der englische Vorschlag auf Frankreich zeitigt. Die ersten Pressestimmen lassen leider sehr deutlich erkennen, daß Frankreich Englands Vorschlag nicht als eine geeignete Grundlage für die Verhandlung empfindet.

In welcher Weise die Berliner Regierung zu der nunmehr geschaffenen recht verworrenen Situation Stellung nehmen wird, steht noch nicht fest. Vorerst ist geplant, daß das Kabinett heute nachmittag nach genauer Kenntnisnahme der verschiedenen Vorschläge im Wortlaut über die allgemeine Situation berät; doch ist nicht anzunehmen, daß hieraus irgendwelche maßgebenden Entschlüsse entstehen, solange in Paris keine endgültigen Beschlüsse über die Anhörung der deutschen Vorschläge vorliegen.

Die neuen Verhandlungen mit den Bergarbeitern.

TU. Berlin, 3. Jan. Im Reichsarbeitsministerium fanden heute erneute Verhandlungen mit den Bergarbeitern statt. Die mehrstündigen Besprechungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Es wird daher bereits im Laufe des morgigen Tages ein Schiedsgericht zusammentreten, um eine Einigungsbasis zu finden oder nötigenfalls einen Spruch zu fällen.

Der deutsche Außenminister über den Friedenspakt.

TU. Berlin, 3. Jan. Der Reichsaußenminister hat sich auf die Erklärungen Poincares vor der Pariser Konferenz über den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Friedenspakt gegenüber dem Berliner Vertreter der „Associated Preß" folgendermaßen geäußert:

Eine Rückfrage der französischen Regierung, weshalb Deutschland die Geltungsdauer des von ihm vorgeschlagenen Rheinpaktes auf ein Menschenalter beschränke, ist uns weder durch eine vermittelnde Macht, noch auf anderem Wege zugegangen. Hätte die französische Regierung eine längere Geltungsdauer angeregt, so wäre dieser Anregung selbstverständlich gern entsprochen worden. Für die Reichsregierung, welche die 15jährige Besetzung des Rheinlandes ablösen wollte, kam es darauf an, Frankreich für ein mehrfaches der vorgesehenen Besatzungsfrist Sicherheit und Beruhigung zu verschaffen. Für eine Revanchepolitik fehlen in Deutschland alle materiellen und seelischen Voraussetzungen. Wenn es sich darum handelte, den Frieden sicher zu stellen, hätten sich die gesetzgebenden Faktoren in Deutschland sicherlich dem Antrage auf eine Verfassungsänderung nicht widersetzt. Deutschland hat nicht das geringste dagegen einzuwenden, daß England oder die Vereinigten Staaten den vorgeschlagenen Pakt durch besondere Zusagen an Frankreich ergänzen oder garantieren. Es steht fest, daß die gestrige Havasmeldung, wonach ein deutscher Vorschlag weder an Frankreich weitergegeben, noch von Frankreich abgelehnt worden sei, falsch ist.

Die Notlage der unbeschäftigten Studien-Assessoren.

W. **Berlin**, 3. Jan. Um die Notlage der unbeschäftigten Studienassessoren und Studienassessorinnen zu lindern, hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister Mittel zur Gewährung von Unterstützungen für das laufende Rechnungsjahr auf mehr als sechs Millionen Mark erhöht. Der Kultusminister hat angeordnet, daß die nunmehr verfügbar gewordenen Mittel, die die planmäßigen Mittel um das Zwanzigfache übersteigen, ungesäumt zur Auszahlung gelangen.

Der Klante-Prozeß.

W. **Berlin**, 3. Jan. Im Klante-Prozeß beschloß das Gericht auf Grund des Gutachtens des medizinischen Sachverständigen die Verhandlung täglich einige Stunden fortzusetzen und den Angeklagten unter Leitung des Gefängnisarztes vorführen zu lassen. Die von der Verteidigung beantragte Haftentlassung wurde abgelehnt.

w. **Berlin**, 3. Jan. Der Reichsarbeitsminister ist seit Weihnachten an Grippe erkrankt und muß auf Grund ärztlicher Anweisung noch für einige Zeit das Bett hüten.

w. **Berlin**, 3. Jan. Die deutsche Regierung hat beschlossen, die am 30. August 22 eingeführten Zuschläge für die Ausfuhrabgabensätze wieder aufzuheben, da die Gestehungskosten der Waren den Weltmarktpreis vielfach erreichten und teilweise sogar überschritten haben.

w. **Berlin**, 3. Jan. In dem Streik der Berliner Markthallenhändler ist eine weitere Verschärfung eingetreten, nachdem die Standinhaber in allen Berliner Markthallen zum großen Teil sich der Bewegung anschlossen. In der Zentralmarkthalle und in ihrer Umgebung kam es heute wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden einerseits und Kauflustigen und solchen Standinhabern, die ihren Stand nicht geschlossen haben, andererseits. Auch die Lebensmittelgeschäfte in der Nähe der Zentralmarkthalle wurden von den Streikenden zur Schließung gezwungen. Schließlich wurde eine Abteilung Schutzpolizei herbeigerufen, die die Ordnung wiederherstellte.

w. **Königsberg**, 3. Jan. Im Betriebe der Gesellschaft für die Verwertung von Heeresgut in Rotenstein wurden durch eine Explosion einer Granate zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

TU. **Dresden**, 4. Jan. Entgegen umlaufenden Gerüchten teilt der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesstelle Sachsen, mit, daß seitens der Reichsgewerkschaft in keiner Weise irgend eine Streikagitation betrieben, noch bei den Teuerungsverhandlungen mit der Reichsregierung eine Streikagitation angekündigt worden sei.

w. **München**, 3. Jan. Der Landesverband der bayrischen Presse ernannte seinen ehemaligen zweiten Vorsitzenden, den jetzigen deutschen Gesandten in Belgien, Dr. Müller, in Anerkennung seiner Verdienste um die Presse zum Ehrenmitglied.

TU. **Budapest**, 3. Jan. Der 100. Geburtstag des ungarischen Freiheitsdichters Petöfi wurde im ganzen Lande durch Kundgebungen gefeiert.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel, Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Jossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Statt Karten.

Die Verlobung
ihrer einzigen Tochter
Margarete
mit Herrn Dr. med.
Carl Seynsche
zeigen hiermit an

Bergwerksdirektor
Wilhelm Droste
und Frau
Emma geb. Plock

Bochum, Zeppelinstr. 5

Margarete
Droste
Carl Seynsche
Verlobte

Barmen, Städtisches Krankenhaus

Zu Hause: Sonntag, den 7. Januar.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen Kranzspenden beim Tode meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus, besonders Herrn Pastor Schirmacher für die trostreichen Worte im Hause.

Ww. Karl Wieland
nebst Kindern.

Bochum, den 3. Januar 1923.

Stadt Bochum.

Offenlegung eines Planes.

Der Plan für das zur Regelung des Goldhammerbaches und des Kabelsemannsbaches auf der Strecke von km 1,55 bis km 2,3 bezw. von km 0,00 bis km 0,75 zu enteignende oder dauernd zu beschränkende, in der Gemeinde Hamme belegene Grundeigentum liegt nebst folgenden Anlagen:

1. Uebersichtsplan Bl. 1; 2. Uebersichtshöhenplan Bl. 2; 3. Lageplan Bl. 3—7; 4. Höhenplan und Normalprofile Bl. 9 und 10; 5. Erläuterungsbericht; 6. Bauwerksverzeichnis; 7. Auszug aus dem Bauwerksverzeichnis; 8. Grunderwerbsplan; 9. je ein Grundstücksverzeichnis A und B in der Zeit vom Donnerstag, den 4. Januar 1923 bis zum Donnerstag, den 18. Januar 1923 einschl. im Verwaltungsgebäude Trankgasse 7, Eingang B, Zimmer 40, zu jedermanns Einsicht aus. Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Auch der Vorstand des Gemeinde- oder Gutsbezirks hat das Recht, Einwendungen zu erheben, die sich auf die Richtung des Unternehmens oder auf Anlagen an Wegen, Ueberfahrten, Triften, Einfriedigungen, Bewässerungs- und Vorflutsanlagen beziehen. Solche Einwendungen sind bei dem Oberbürgermeister in Bochum schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Arnsberg, den 23. Dezember 1922.

Der Regierungspräsident.
Im Auftrage:
gez. Unterschrift.

Wird veröffentlicht!
Bochum, den 2. Januar 1923.
Der Oberbürgermeister.

Amt Langendreer

Bekanntmachung.

Der Fabrikant Heinrich Geißler in Witten beabsichtigt, auf dem Grundstücke Flur 2, Parzelle 180/11, der Gemeinde Düren eine Gießerei zu errichten.

In Gemäßheit der §§ 16 und 17 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und der Ziffer 18 ff. der Ausführungsanweisung zu derselben vom 1. Mai 1904 wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung und der Verwarnung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß etwaige Einwendungen gegen die Anlage binnen 14 Tagen bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Exemplaren oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind und daß nach Ablauf der Frist Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden können.

Die 14tägige Frist beginnt mit dem Tage, an welchem das diese Bekanntmachung enthaltende amtliche Kreisblatt ausgegeben wird und ist für alle Einwendungen, welche auf nicht privatrechtlichen Titeln beruhen, präklusivisch.

Zur mündlichen Erörterung der etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen ist Termin vor dem Unterzeichneten auf Freitag, den 19. Januar 1923, vormittags 11 Uhr, auf Zimmer 16 des hiesigen Amtshauses anberaumt, in welchem auch dann mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird, wenn der Unternehmer oder die Widersprechenden ausbleiben sollten.

Zeichnungen und Beschreibungen liegen im vorgenannten Zimmer zur Einsicht offen.

Langendreer, den 29. Dezember 1922.

Die Ortspolizeibehörde.
Jacobi, Amtmann.

Bekanntmachung.

Vorbehaltlich der Genehmigung unserer Aufsichtsbehörden tritt am 6. Januar 1923 eine Erhöhung unserer Fahrpreise in Kraft, deren Einzelheiten aus den Wagenaushängen ersichtlich sind.

Essen, den 3. Januar 1923.

Direktion
der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen.

Tafel-Bestecke
August Homborg
Bochum / Hochstraße 2
Kleinsilberwaren

Hohlschleiferei und Reparatur-Werkstatt
für Rasier-, Masch.-, Brot- u. Taschenmesser, Scheren, Beile, Klingen etc. Lieferz. nur 24 Std.
Solinger Stahlwarenhaus Fred Bernards, Friedrichstr. 26, Tel. 483
Waffen, Munition, Hundesportartikel.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Hordel ist Geld gefunden worden. Eigentumsansprüche können auf dem Fundbüro des Amtes Hordel in Bochum, Brückstraße 33 geltend gemacht werden.

Amt Hordel in Bochum, den 28. Dez. 1922.

Der Amtmann.

Verein. Stadttheater
Bochum-Duisburg.

Donnerstag, 4. Jan. 7-10 Geschl. Vorstellung für den Bühnenvolksbund.

„Der Erbförster"

Gruppe I Nr. 701—1950
Gruppe II Nr. 1001—1600
Verlosung der Karten für den 2. u. 4. Januar: Am 28./30. Dez., 2., 3. und 4. Jan. von 10—12 Uhr und 4—7 Uhr in der Geschäftsstelle.

Freitag, 5. Jan., 7½—10½ Geschlossene Vorstellung für die freie Volksbühne

„Medea"

Freie Volksbühne Serie 4.

Neues
Operetten-Theater
Rottstr. 29. Tel. 531

Heute sowie täglich abends 8 Uhr
Riesenerfolg
des größten Operettenschlagers
Mascottchen.
Operette in 3 Akten von Walter Bromme.

Cabaret Weinklause
im Operettentheater
erste Etage
täglich abends 8 Uhr
Das neue Januar-Programm
Am Flügel:
Hanns Diehl.
Ferner
Violinvirtuose
H. Zimmermann

Operetten-Casino
Täglich
4-Uhr-Mokka
mit
Heinz Ludwig und Carl Hermann Reno
vom Neuen Operetten-Theater
Ferner
Orig. amerikan.
Jazz-Band.

Hoffmann'sches Konservatorium
Unterricht beginnt wieder mit dem heutigen Tage.
Aufnahme täglich.

Fahrradgummi
Fahrräder
Kinderwagenreifen
Katalog gratis.
Franz Tauscher, Hildesheim.

Musik-Unterricht
aller Instrumente erteilt gründlich
Musikdirektor Meyer, Bochum, Robertstrasse 4.
Instrumente vorrätig.

Betrifft Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen.

Die Ausgabe der neuen Gewinnanteilscheinbogen, Reihe II, zu den Aktien unserer Gesellschaft Nr. 100001—130000 erfolgt von heute ab gegen Einreichung der nach den Nummern geordneten Erneuerungsscheine und eines Nummernverzeichnisses ausser bei unseren Gesellschaftskassen in Bochum, Dortmund und Mülheim-Ruhr

in Berlin bei der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Abt. Schinkelplatz u. Abt. Behrenstraße, Direction der Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank A.-G., } und deren sämtlichen Niederlassungen,
„ Cöln „ dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,
„ München „ der Bayerischen Vereinsbank,
„ Essen „ „ Essener Credit-Anstalt
„ Cöln „ dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie., „ Deichmann & Co.,
„ Frankfurt-M. bei dem Bankhause Ferdinand Hauck,
„ Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, „ Vereinsbank in Hamburg,
„ Leipzig „ „ Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, und deren Abteilung Becker & Co.,
„ Luxemburg „ „ Internationalen Bank in Luxemburg.

Bochum, den 2. Januar 1923.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.
Der Vorstand.

Bügelschule des Ev. Frauenvereins
Metzstraße 18.

Der neue dreiwöchige Kursus zur gründlichen Erlernung des Fein- und Glanzbügelns beginnt am Dienstag, den 9. Januar 1923.
Unterrichtsstunden viermal wöchentlich 3—6 Uhr.
Anmeldungen und nähere Auskunft bei den Schwestern der Kleinkinderschule, Metzstraße 18.

Tanz-Unterricht!

Beginn des Anfängerkursus: Donnerstag, den 4. Januar, 8 Uhr abends.
Beginn des Mod. Zirkels: Dienstag, den 9. Januar, 8 Uhr abends.
Bei genügender Beteiligung soll außerdem ein Privatzirkel für Anfänger eröffnet werden.
Privatstunden — Gesellschaftszirkel.
Bahnhofstraße 2. Telephon 1310.
W. Sulanke.

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellweg str. 1, gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei
Diese Woche Spezialität: **Blücher-Torte**

Bochumer Konservatorium u. Orchesterschule
Leitung: Kgl. Musikdirektor Arno Schütze.
Heute
Wiederbeginn des Unterrichtes.
Neuanmeldungen jederzeit. Sprechst.: 9-12 u. 3-6.

Empfehle zum
Jahreswechsel
für Büro:
Geschäftsbücher, Amerikan. Journale, Briefordner, Schnellhefter, Soennecken Umlegekalender, Holz-Tintengarnituren, Tinten, Stahlfedern u. s. w. zu besonders herabgesetzten Preisen.
Mummelthey's Centralbuchhandlg.
Obere Marktstraße 31. Telefon 3068.

Für das Jahr 1923
Abreiß-Kalender
mit Kalendarium in großem Format, zum Preise von **500 Mk.**

Wand-Kalender
mit den Märkten von Bochum und weiterer Umgebung, zum Preise von
20.— Mk.
erhältlich in der
Geschäftsstelle des Märkischen Sprechers.

Büro-Möbel
in gediegener Verarbeitung.
Ständiges
Musterlager.
Das Haus für Büro-Bedarf
Osc. Hengstenberg
Kortumstr. 16.
Fernruf 2817 und 2818.

Geschäfts-Bücher
Großes Lager in allen gangbaren
Liniaturen.
Zum Jahreswechsel
Briefordner
Ablegemappen
Schnellhefter.
Das Haus für Büro-Bedarf
Osc. Hengstenberg
Kortumstr. 16.
Fernruf 2817 und 2818.

Kinderwagen, Promenadenwagen, Sportwagen
kaufen Sie am billigsten im
Etagengeschäft
Scheidemann,
Kaiserstr. 57, 2. Etg., neben Handelshof.

Rat u. Hilfe
bei Vaterschaftssachen, Zivil- u. Strafprozessen, Ermittlungen, Beobachtungen od. sonstige interne Angelegenheiten :-: sowie schnellste :-:
Ehescheidung
in vornehmster Form, evtl. ohne persönliche Blokstellung, Erteilung sämtlicher Geschäfts- und Privat-
Auskünfte
bes. bei Verlobung, Heirat, über Vorleben, Ruf, Charakter, Mitgift, usw. auf allen in- u. ausl. Plätzen durch die
Detektiv-Auskunftei „Metus"
Dortmund, Westenhellweg 13, Tel. 3771
Durch große dauernde Erfolge fast ausschließlich auf Empfehlung tätig. Besprechung kostenlos. Garantie für größtmöglichste Zuverlässigkeit u. Diskret

Miets-Gesuche

Reichsbankbeamter sucht für sofort ein
gut möbl. Zimmer.
Ang. u. W. B. 20 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Gut möbl. Zimmer
von einem Fahrtechniker für sofort gesucht.
Angebote sind zu richten unter Nr. 14948 an die Geschäftsstelle d. Zeitung

Junge Dame
(Bankangestellte) sucht
möbl. Zimmer.
Angebote unter Nr. 15091 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bergassessor
sucht 2 gut
möbl. Zimmer
mit Telefon. Nähe Hauptbahnhof zum 1. Januar. Angebote unter S. 1125 an die Geschäftsstelle d. Zeitung

Für einen unserer techn. Beamten ein
möbl. Zimmer
möglichst in Ebrenfeld sofort gesucht.
Dr. E. Otto & Co., Christstraße 9.

Continental

In über 200 000 Exemplaren verbreitet, genießt den Ruf der
besten Schreibmaschine
Hoffmann & Co., Bochum
Kaiserstr. 27 Fernspr. 3565—66

BALLHEIL


Beteiligung.
Gebildeter Herr, Organisator, redegewandt gewohnt, mit Kundschaft zu verkehren u. großem Personal vorzustehen, sucht Beteiligung mit zunächst
Mark 1000000.—
an nachweislich gutgehendem, aussichtsreichem Unternehmen. Verschwiegenheit wird zugesichert. Gefl. Offerten unter Nr. 14940 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Großhandels-Unternehmen sucht in Bochum mehrere größere
Büroräume
zu mieten, evtl. Haus, welches sich zu diesem Zwecke eignet, zu kaufen.
Ferner werden
2 herrschaftliche Wohnungen
von 8—10 Zimmern oder
Einfamilienhaus
im Tausch zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 15239 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Möblierte Zimmer
für Angestellte, u. a. für Juristen in leitender Stellung Nähe H. B. gesucht.
Maschinenbau-Aktiengesellschaft **Balcke, Bochum**, Personalabt.

Zu mieten gesucht:
1 möbl. Zimmer
für einen unserer Ingenieure.
Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik, Bochum.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir für unsere Autreicherei einen
tücht. Fachmann als Vorarbeiter.
Angebote unter W. B. 8379 an Ala, Haasenstein & Vogler, Essen erbeten.

Techn. Angestellte sucht für sofort
möbliertes Zimmer
Zuschr. unt. G. G. 111 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Mechaniker,
Kriegsbeschädigter, der allgemeine Reparaturen, auch solche an elektrischen Licht- und Kraftanlagen ausführen kann, vom hiesigen Werke zu sofort gesucht.
Angebote unter 15201 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Vertreter
p. eingeführt. leistungsf. Lebensmittelfabrik und Grosshandel gesucht.
Angeb. unt. Nr 15238 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Junge
von 15—16 Jahren für leichtere Arbeiten ges.
Hugo Bok, Brennerei und Mühle, Ostfr. 3.

Großes Hüttenwerk sucht für seine Stabeisen-Kommissions-Abteilung einen
tüchtigen, jüngeren Beamten
zum baldigen Eintritt. Berücksichtigt werden nur solche Bewerber die entsprechende Posten in großen Unternehmen bekleidet haben und über gute Fachkenntnisse verfügen, sowie mit den einschlägigen Abrechnungsarbeiten vertraut sind.
Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, kürzestem Eintrittstermin unter Nr. 14918 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Gelernter
Schlosser
und ungelernte
Arbeiter
sofort gesucht.
Maschinenfabrik Sinkel, Bochum-Ehrenfeld, Joachimstr. 15.

Ordentl. Mädchen für alle Hausarbeit gesucht. Frau Fabri, Ewaldstr. 5.

Ein ordentliches, zuverlässiges
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für alle Hausarbeit gesucht. Weiherstr. 35 II.

Zum baldigen Eintritt suche für mein Spezial-Geschäft
ernstes, gebildetes Fräulein
aus guter Familie, nicht unter 24 Jahren, zum Verkauf von Krankenpfl.-Artikeln und Bandagen etc. Es ist nicht erforderlich das selbige schon im Verkauf tätig war doch wird gute Auffassungsgabe verlangt. Wenn in Krankenpflege ausgebildet bevorzugt.
Off. m. näh. Angab. u. Nr. 2500 an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Zum Bügeln feiner Herren-Wäsche
im Hause, in regelmäßigen Abständen von drei Wochen, je 1 Tag, wird
perfekte Büglerin
gesucht. Angebote unter Nr. 14998 an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Kaufgesuche

Für Alt-Gold, -Silber, -Platin, Brillanten, getragene Uhren
zahle höchste Tagespreise
Fr. Alb. Pfeifer gen. Bilke, Hamme, Dorstenerstraße 185

Gebrauchtes
Klavier
zu kaufen gesucht. Angebote unter A. 687 an die Langendreerer Zeitung.

Alt-Gold
-Silber, -Platin,
wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,
alte Münzen
Zahngebisse
Zahn 400 Mk. u. mehr
Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis Brückstraße 51.
Auf Haus-Nr. 51 achten!

Nr. 3. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 4. Januar 1923

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 4. Jan.

Die Angestellten-Versicherung.

Erhöhung auf 1,2 Millionen Mark.

Ein in die Versicherung, raus aus der Versicherung, von Vierteljahr zu Vierteljahr vollzog sich dieser Wechsel. Das soll nun anders werden. Am 21. Dezember 1922 ist eine Verordnung erschienen, nach der jeder Versicherte, der die für die Versicherungspflicht maßgebende Grenze des Jahresarbeitsverdienstes überschreitet, erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten jener Grenze aus der Versicherungspflicht ausscheidet. Diese Vorschrift sichert in Zukunft doch eine kleine Stabilität auf dem Gebiete der Versicherungspflicht. Mit dem 1. Januar 1923 wird auf Grund des Gesetzes vom 10. November 1922 jeder Angestellte, dessen Jahresarbeitsverdienst 1,2 Millionen Mark (bisher 840 000 Mark) nicht übersteigt, dem Angestelltenversicherungsgesetz unterworfen. Für die Krankenversicherung verbleibt es zunächst bei der Grenze von 720 000 Mark. Dieser Versicherung ist jeder Arbeitnehmer unterworfen, der am 11. Dezember 1922 ein Monatsgehalt von nicht mehr als 60 000 Mark erhielt. Wer im Laufe des Dezember diese Grenze überschritten hat, darf erst nach Ablauf von drei Monaten, also frühestens im März 1923, bei der zuständigen Krankenkasse abgemeldet werden. In manchen Fällen dürfte die Anmeldung unterblieben sein, der Arbeitnehmer hat trotzdem im Falle einer Erkrankung Anspruch auf die Kassenleistungen.

---

* **Personalie.** Staatsanwaltschaftsrat Keusch in Bochum ist zum Ersten Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts in Düsseldorf ernannt.

* **Jubiläum.** Heute feiert der Eisenbahn-Obersekretär Emil Langenstück von Bochum-Nord sein 50jähriges Dienstjubiläum. Er ist am 4. Jan. 1873 bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn eingetreten und hat sich durch Zuverlässigkeit und Diensteifer im Laufe der Zeit zum Eisenbahn-Obersekretär emporgearbeitet. Von Vorgesetzten, Kollegen und Mitarbeitern geachtet, werden Langenstück die herzlichsten Glückwünsche dargebracht. 40 Jahre ist der Jubilar in Bochum tätig gewesen. Er erfreut sich heute noch geistiger und körperlicher Rüstigkeit.

* **Von der Post.** Ab 1. Januar kosten die Vordrucke zu Postkarten, Paketkarten, Postaufträgen, Zahlkarten usw. je 5 Mark das Stück, Doppelvordrucke je 10 Mark. Eine Postkarte nach Gelsenkirchen kostet also 5 Mark für Papier, 15 Mark für die Freimarke, zusammen 20 Mark.

* **Freiwillige Hilfskräfte im Kampfe gegen den Alkoholmißbrauch** können alle sein, die im Interesse der Gesamtheit und ihrer eigenen Ruhe, Ordnung und Sicherheit vertrauliche Meldungen von Trunksüchtigen an die kommunale Trinkerfürsorgestelle der Stadt Bochum, Trankgasse 7a, Eingang D, Zimmer 70, gelangen lassen. Es ist dieses nicht mit Denunziation übler Art zu vergleichen, sondern es handelt sich in jedem Falle um eine vorbeugende, volksgesundheitliche Maßnahme, die nur im wohlverstandenen Interesse des Trinkers, seiner Angehörigen und der Steuerzahler liegt und Weiterungen schlimmerer Art verhindern soll.

* **Der Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Essen.** Eine Statistik der Reichsbahndirektion Essen beweist, daß die Verkehrszahlen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets nicht weit hinter den Berliner Ergebnissen zurückbleiben. So wurden im Jahre 1921 in unserem Eisenbahnbezirk 60 Millionen Karten verkauft. Diese Zahl umfaßt natürlich nur einen Teil des Gesamtverkehrs, da die aus einem anderen Direktionsbezirk kommenden Reisenden gar nicht und die Zeitkarten-Inhaber nur zu einem geringen Bruchteil von dieser Berechnung erfaßt werden. Die Eisenbahndirektion glaubt, daß 1921 130 Millionen Menschen in dem Bezirk ein- und ausgestiegen sind. In dem letzten Jahr, also 1922, wurden, wenn man für Dezember eine Schätzung vornimmt, 12 Millionen Karten mehr verkauft, der Verkehr hat sich also um 20 v. H. gehoben. Im Jahre 1922 wurden in den acht Monaten April bis November auf den 12 größten Bahnhöfen des Bezirks verausgabt: Essen H.-B. 5,5 Millionen gegen 4,2 Millionen im vergangenen Jahr, Dortmund H.-B. 5,7 Millionen (4,9 Millionen), Mülheim-Eppendorf 0,8 Millionen (0,6 Millionen), Recklinghausen H.-B. 1,2 Millionen (0,7 Millionen), Gelsenkirchen H.-B. 1,9 Millionen (1,7 Millionen), Bochum H.-B. 2 Millionen (1,9 Millionen), die Bahnhöfe Nord und Präsident sowie Gußstahl und Niemke sind nicht eingeschlossen, die Zahl würde sich somit etwa verdoppeln, Wanne 1,5 Millionen (1,3 Millionen), Wesel 0,8 Millionen (0,75 Millionen), Hamm 1,3 Millionen (1 Million), Herne 1,1 Millionen (1,07 Millionen), Oberhausen 2,25 Millionen (1,7 Millionen), Witten 0,9 Millionen (0,75 Millionen). Den Gesamtverkehr der einzelnen Bahnhöfe erhält man durch Multiplikation der einzelnen Zahlen mit 2,5.

* **Verbesserte Postverhältnisse.** Die städt. Verkehrsabteilung hatte sich kürzlich in einer Eingabe an die Oberpostdirektion Dortmund gewandt, um verschiedene Verbesserungen in den Postverhältnissen des südlichen Stadtteiles zu erlangen. Es liegt nunmehr folgende Antwort vor:

„Die Anwohner der Peters- und Lüderitz-Straße sind hinsichtlich der Erhebung von Bestellgebühren für Postsendungen und Telegramme seit Ende April 1922 den Bewohnern des Ortsbestellbezirks des Postamtes in Bochum gleichgestellt worden, wobei die Bestellung aus Zweckmäßigkeitsgründen von den Landbestellern ausgeführt wird. Diese Vergünstigung wird fortan auf die Anwohner der Grün-, Wißmann- und Freiheits-Straße ausgedehnt werden. Den weitergehenden Anträgen (völlige Einbeziehung der genannten Straßen in den Ortsbestellbezirk des Postamtes in Bochum und Einrichtung einer besonderen Postanstalt in dem fragl. Stadtteile) kann erst näher getreten werden, wenn die Bautätigkeit in dem erwähnten Gebiete zu einem gewissen Abschluß gelangt und damit die Verhältnisse übersichtlicher geworden sind."

* **Verworfene Berufung.** Die Ehefrau des Fabrikarbeiters Friedrich K. von hier war vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, ihr Ehemann nur zu einer Geldstrafe. Die Frau legte Berufung ein mit der Begründung, daß es ihr unverständlich erscheine, zwischen Ehehälften einen solchen Unterschied in der Strafbemessung zu machen. Sie ersuchte, den Fehler des Schöffengerichtes durch Aufhebung der Freiheitsstrafe wieder gutzumachen und auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen, umsomehr, als ihre männliche Ehehälfte der größere Schuldige sei. Es handelte sich um einen überhandnehmenden Diebstahl von Eisenschlacken von der Halde des Bochumer Vereins. Einem Wächter war aufgefallen, daß die Eheleute K. stets mit einem großen Handwagen zu ihrem an der Schlackenhalde des Bochumer Vereins gelegenen Ackerland kamen. An einem Tage bemerkte er, wie die Ehefrau den Wagen an den Rand der Schlackenhalde brachte, den der Ehemann belud. Der Wächter fand bei der Revision des Wagens Eisenschlacken vor. Die Strafkammer stellte fest, daß die Ehefrau K. wegen Hehlerei und Diebstahles vorbestraft ist, sie eigentlich wegen Rückfalles hätte zu der geringst zulässigen Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt werden müssen, auf die die Strafkammer jedoch nicht erkennen konnte, weil seitens der Staatsanwaltschaft keine Berufung eingelegt war. Der Ehefrau Berufung wurde verworfen.

* **Verschollen.** Gegen den Kaufmann Heinrich H. von hier war ein Strafverfahren wegen verbotswidriger Herstellung von Seife eingeleitet worden. Große Mengen der in Bochum, Königssteele, Essen und Düsseldorf lagernden Seife wurde beschlagnahmt und schließlich vom Gerichte eingezogen. Inzwischen hatte man H. wegen Geisteskrankheit entmündigt, nachdem er in unsinniger Weise sein Vermögen verbracht hatte. H. brach aus der Irrenanstalt aus. Er gilt seit dieser Zeit als verschollen. Gegen die Einziehung der Seife legte der Vormund Berufung ein, die aber von der Strafkammer verworfen wurde.

* **Den Hehlern ins Stammbuch.** Der Händler Felix Dahlhoff von hier war vom Schöffengericht wegen Hehlerei zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt worden, die Strafkammer hatte die eingelegte Berufung verworfen, das Oberlandesgericht kann die Sache erneut in die Berufungsinstanz zurückverwiesen zur Erwägung, ob das Geldstrafengesetz nicht zur Anwendung kommen könne. D. hatte eine von anderen Personen gestohlene Schreibmaschine im Wartesaal des Hauptbahnhofs zu 1300 Mark veräußert. Die Strafkammer ließ aber die obige Freiheitsstrafe bestehen mit der Begründung, daß eine Geldstrafe bei Hehlerei den Strafzweck nicht erreiche. Nur in ganz geringen Fällen könne eine solche bei Hehlerei in Frage kommen.

* **Polizeibericht.** Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einem Keller in der Wielandstr. eingemachte Gemüse und Früchte; auf der Kurfürstenstr. aus einem Hause Briefstaschen, Uhr usw.; aus einer Wohnung in der Amtsstr. Kleidung, Wäsche, Schuhe, von hohem Wert; aus einem Schuppen im Telegraphenamt ein Dienstfahrrad Nr. 21 201. — Ferner sind gestohlen worden: einer Insassin im Winkel ein größerer Geldbetrag; aus dem Augusta-Krankenhaus einem Kranken 10 000 Mark; aus dem Amtsgericht vom Kloseit ein Bleirohr; aus einem Kaffee in der Hochstr. einem Gast ein Ueberzieher.

* **Das diebische Dienstmädchen.** Wo hat sich ein Dienstmädchen unter dem Namen Maria Willig eingemietet und ist dann nach kurzer Zeit unter Mitnahme von Kleidungsstücken usw. verschwunden? Ein auf diese Weise in ihren Besitz gelangter grauer Damentuchmantel wurde beschlagnahmt. Interessenten wollen sich bei der Kriminalpolizei auf Zimmer 50 während der Bürostunden melden.

Zur Wahl des Direktors der Oberrealschule an der Goethestraße.

Von Dr. Karl Wehrmann.

Wir erfahren, daß das Lehrerkollegium der Oberrealschule an der Goethestraße nahezu einstimmig den Wunsch ausgesprochen hat, einen Studienrat, welcher schon seit langen Jahren an der Schule tätig ist, zum Direktor der Anstalt zu wählen. Ein solcher Wunsch muß immer in ernsteste Erwägung gezogen werden, da die Lehrer, die Schüler und die Eltern ein sehr großes Interesse an dieser Wahl haben; ob der Elternrat der Schule schon Stellung genommen hat, wissen wir nicht; doch halten wir es für eine der wichtigsten ungeschriebenen Pflichten des Elternrats, daß er möglichst bald zu dieser Frage Stellung nimmt und so auch den Einfluß ausübt, der ihm gebührt.

Das Kuratorium, dem die Wahl zusteht und die dann durch den Magistrat und nicht mehr durch die Stadtverordnetenversammlung zu bestätigen oder nicht zu bestätigen ist, wird seine Stellung zu der Wahl des Direktors sicherlich so treffen, daß es nach bestem Wissen und Gewissen denjenigen Bewerber wählt, den es für den tüchtigsten hält. Politische Gesichtspunkte werden wohl kaum von Bedeutung sein; eher vielleicht schon konfessionelle, die in unserer Stadt von jeher eine große Rolle gespielt haben und dafür ein Beweis sind, daß die Bürger in Bochum es mit der Religion ernst nehmen.

Unsere Ansicht ist, daß bei gleich tüchtigen Bewerbern dem evangelischen der Vorzug zu geben ist, da die große Mehrzahl der Schüler evangelisch ist; auch ist die Parität der Konfessionen schon dadurch völlig gewahrt, daß eine größere Anzahl katholischer Lehrer an der Anstalt tätig sind, als es dem Verhältnis der betreffenden Schülerzahlen entsprechen müßte. Wir regen diese Frage absichtlich hier an und es wäre öffentlich einmal mitzuteilen, ob es auch höhere Schulen gibt, an denen die Mehrzahl der Schüler katholisch ist und wo dann ein evangelischer Direktor die Schule leitet. Wir glauben, daß diese Frage in aller Ruhe und Besonnenheit erörtert werden wird; denn nichts ist uns in der gegenwärtigen Zeit der ernsten Not, in der wir alle auf innere Einigkeit und gegenseitiges Verstehen hinarbeiten müssen, mehr zuwider als konfessionelle Streitigkeiten.

Ein mehr sachlicher Gesichtspunkt ist es, wenn das Lehrerkollegium wünscht, daß die Schule, nachdem sie über ein Menschenalter von philologisch-historisch vorgebildeten Direktoren geleitet worden ist, nun möglichst von einem Manne geleitet werde, dessen Lebensstudien die Mathematik und die Naturwissenschaften sind, die eine so große Bedeutung für die Oberrealschule haben. — Auch der Gesichtspunkt kann von Bedeutung sein, ob der Bewerber Kriegsteilnehmer war oder nicht; darüber soll hier nicht gesprochen werden. — Ganz falsch aber wäre es, wie angedeutet worden ist, die Direktorstelle vorläufig überhaupt nicht zu besetzen, und zwar aus Sparsamkeitsgründen; das wäre fast wie ein Orchester ohne Kapellmeister; wie die Stadt Bochum ohne Oberbürgermeister, wie eine Familienkinderschar ohne Mutter. Denn der Direktor einer Schule ist mehr noch als das Hirn der Schule das Herz derselben; wenn das Herz aber gesund und kräftig und mitfühlend ist, so ist auch der ganze Organismus gesund und kräftig.

Zwangswohnung und Eheharmonie.

Von Annie Juliane Richert.

Neuerdings behauptet die Statistik, daß die Hausse an dem Heiratsmarkt im Abflauen begriffen, die Aktien bei dieser Börse des Glücks nicht mehr so gepragt seien. Vorläufig merkt man dieses Nachlassen in Wirklichkeit kaum, es wird unentwegt und munter rund um einen herum geheiratet. Keine eigene Wohnung, vielleicht sogar fremde Möbel als Zeugen ersten jungen Eheglücks! Von einem mit zärtlicher Sorgfalt ausgestatteten blitzblanken eigenen Heim, in dem jeder Vorhang sich vor Stolz bläht, weil er das traute Nest vor den Augen der Welt abschließt, jeder Tisch hoffärtig die Politur aufblitzen läßt, weil schöne, junge Frauenhände schmeichelnd froh darübergleiten, über Topf und jede Schüssel die Wonne, einer jungen Hausfrau dienen zu dürfen, in die Küche hineinstrahlen — wissen jetzt noch wenige junge Frauen zu erzählen.

Jetzt drängt sich gleich in alle Freudigkeit der Gedanke hinein: Woher eine Wohnung nehmen? Woher den Hausrat nehmen, daß er den Ansprüchen eines durch Generationen entwickelten Geschmacks sowohl, als dem Anlagekapital entspricht? Und wenn die Vormerkung für eine Wohnung uns die Aussicht bietet, in etwa drei Jahren das Wunder der Zuweisung erleben zu dürfen, wie richten wir uns in fremder Wohnung ein? Oder bei den Eltern? Aber da sah ich kürzlich ein junges Ehepaar, das bei Großmutter und Mutter wohnt, in drei Zimmern, und so froh, als gehöre ihnen die Welt. In dem großen Erkerzimmer war an den Fenstern das Wohn- und Eßzimmer, mit Rohrmöbeln, Kissen, Blumen sehr wohnlich ausgestattet; durch Schränke und Vorhang abgeteilt, barg sich im Hinterorund das Schlafzimmer. Allmonatlich wurden noch zu dem häuslichen Nest Ergänzungen, Verbesserungen herangeschafft, und gerade diese Schöpferfreude, dieses Aufbauen aus eigenen Mitteln ist doch ein nicht zu unterschätzender Faktor innigen Verwachsens mit jedem Stück, das zur inneren Harmonie beiträgt.

Dieses Verwachsen fehlte früher allzuhäufig dort, wo alles sorgsam fertig zusammengestellt war; der Sinn für den Wert jedes Stückes Hausrat fehlte, es mußte da sein, und es war da, es war aber nicht selbst erworben. „Erwirb es, um es zu besitzen", möchte man an die Tür eines neuen Heims schreiben und die Eheleute beglückwünschen, denen noch recht viel zur Gemütlichkeit fehlt.

Ist die Klippe der Wohnung, die Anschaffung von Möbeln, glücklich umschifft, dann kommt ein Felsen, an dem das Schifflein Harmonie gar oft zu zerschellen droht: es ist das enge Tür-an-Tür-wohnen mit der anderen, oft fremden Familie, das Gemeinsame der Wirtschaftsräume, das oft zur Unerträglichkeit fühlbare Nebeneinsein!

Dieser Felsen ist nur mit Herzensstatt zu umschiffen und mit der unfehlbaren Methode des gewieften Fahrers auf dem Lebensmeer: mit dem Innehalten der Distanz. Ein Augenblick schnell bereuter, zu großer Vertraulichkeit hat meist mehr geschadet als gleichmäßiges, höfliches, freundliches, sicheres Fernhalten von persönlichem Vertrautwerden. Höflichkeit ist überhaupt ein unsichtbares, aber nie den Zweck verfehlendes Vorbeugungsmittel gegen Zusammenstöße im engen Raum häuslich gemeinsamen Wirkens. Ein weiteres Hilfsmittel ist unbedingte Tüchtigkeit und Regsamkeit der jungen Hausfrau. Die Not der Zeit fordert gebieterisch tüchtige Hausfrauen, weil sonst die Haushaltkasse selten den Ansprüchen genügen dürfte. Aber auch, weil die junge Hausfrau in fremder Küche gleichsam an das Forum der Oeffentlichkeit tritt.

Die junge Ehefrau stelle sich nie auf Rat und Hilfe der Mitbewohner ein. Ihr Ehrgeiz sei es, mit scharfem Ueberlegen die Zeit gemeinsamen

---

Adalises Ehe

Roman von A. Hruschka.

Copyrigh 1920 by Greiner u. Comp., Berlin W. 30
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

Adalises Gesicht sah heute aus wie ein Buch mit sieben Spiegeln. Sie hatte tief und traumlos geschlafen, bis Minna unsanft an die Tür pochte und gereizt hineinrief, ob denn die „Damens" heute gar nicht mehr aufstehen würden halb zehn sei es bereits. Und wie sie dann mit der Arbeit fertig werden solle? Jetzt ginge sie einstweilen einkaufen. Der Kaffee stände im Wasserbad.

Da schlug Adalise die Augen auf und sah nach dem Fenster, wo Klaudia eben den Vorhang aufzog.

„Ah", dachte sie fröhlich. „Schneetreiben! Wie fein! Da ziehe ich mein weißes Eiskostüm an und gehe nachher gleich mit Klaudia auf die Eisbahn. Gewiß kommen auch die Offiziere und Löwenkreuz wird mich wieder „Schneekönigin" nennen."

Da stockten plötzlich ihre Gedanken, die Fröhlichkeit in ihrem Gesicht erstarb, und eine dumpfe Angst schnürte ihr die Kehle zu. Ihre Verlobung war ihr eingefallen.

War das denn möglich? Mit Leo Gottulan? Sie dachte nach. Wie war es denn gekommen? Ja, richtig! Sie war so unglücklich gewesen, als sie von Löwenkreuz hörte. Und Gottulans Liebenswürdigkeit hatte ihr wohlgetan. Ganz ruhig war sie neben ihm geworden. Und alles, was er sagte und vorschlug, schien ihr klug, schön und selbstverständlich. Wie ein traumhafter Bann lag es über ihr, als sie nach dem Tanz im Erker saßen.

So war es gekommen. Aber nun war der Bann gebrochen. Nun begriff sie nicht .... Frau Adalise Gottulan? Nein! nein! nein!

In einem körperlichen und geistigen Elendsgefühl schob Adalise die Tasse von sich, stand vom Frühstückstisch auf und wollte nach ihrem Mädchenzimmer gehen. Aber da rief ihr Klaudia nach: „Warte doch, Adalise. Willst du denn Mama und Onkel nicht sagen, daß du dich gestern verlobt hast, Adalise. Dein Bräutigam wird doch nachher wahrscheinlich kommen, um mit Mama zu sprechen."

Adalises Fuß stockte. Ihr wurde noch elender zu Mute. Sie konnte ja gar nicht mehr zurück. Sie hatte es doch Klaudia schon gesagt. Und gewiß er seinen Eltern auch. Und nachher wollte er doch kommen. —

Frau Cäcilia hatte sich mitten in ihrem Redestrom unterbrochen und starrte Adalise sprachlos an. Auch des Generals freundliche Augen ruhten groß und gespannt auf ihr.

„Ei, ei! Verlobt, Adalischen?"

Die dunklen Augen des jungen, wunderschönen Geschöpfes irrten scheu an beiden vorüber. In diesem Augenblick empfand sie es der Mutter gegenüber wie Scham, daß sie ihr nur den Namen des „Wurstfabrikanten" Gottulan nennen sollte und nicht einen anderen, klingenden.

„Nun", sagte Frau Cäcilia, verwundert über Adalises Schweigen. „Warum sprichst du denn nicht, mein Kind? Wer ist es?"

„Leo Gottulan!" Matt und zögernd fielen die Worte von Adalises Lippen. Dann eilte sie wie gehetzt hinaus. Es war ihr unmöglich, sich länger den erstaunten Blicken der Ihren ausgesetzt zu fühlen.

Nach ihrem Weggange blieb es einen Augenblick still im Eßzimmer. Frau Cäcilia, die ganz sicher den Namen Löwenkreuz zu hören erwartet hatte, wußte nicht gleich, wie sie Stellung zu dem Ereignis nehmen sollte.

Sie war ja nicht so blind voreingenommen für Adel wie Manfred und Adalise, obwohl sie selbst eine Baronin Schelling gewesen und es immer angenehm empfunden hatte, daß ihr Mann aus ebenso alter, guter Familie stammte wie sie. Aber als Schriftstellerin durfte man nicht engherzig sein....

Freilich — Wurstfabrikant und — „bloß" Gottulan.

Dann aber fiel ihr ein, daß Adalise keinen Heller Vermögen besaß. Und Gottulans waren so sehr reich! Ein Abglanz der gestrigen Pracht bei Martinis spukte immer noch in ihrem eindrucksempfänglichen Kopf. All dies würde Adalise nun auch haben. Ja, noch mehr! Denn Leo war als ältester Sohn ja der Haupterbe. Ihm sollte auch einmal das prächtige Karolinenruhe zufallen. Wie eine Prinzessin würde Adalise leben. Und das war so recht etwas für sie! Dagegen war der bürgerliche Name wirklich nichts....

Ihre stets blühende Phantasie vertiefte sich immer mehr in glänzende Zukunftsbilder, die sie dem aufmerksam zuhörenden General wortreich schilderte. Sie war nun fest überzeugt, daß Adalise gar keine bessere und glücklichere Wahl hätte treffen können als Leo Gottulan.

Klaudia hatte sich während des Redestroms der Mutter stillschweigend entfernt, um Adalise aufzusuchen. Auch sie war überzeugt, daß die Schwester ein großes Glück machte — nicht durch das Gottulansche Geld, sondern durch den Mann, den sie sich erwählt. Und sie ärgerte sich im Stillen, daß Adalise von diesem Glück so wenig anzumerken war.

Adalise stand am Fenster, als Klaudia eintrat. „Wie — noch nicht angezogen? Nicht einmal gekämmt?" sagte Klaudia vorwurfsvoll.

„Wo dein Bräutigam jeden Augenblick kommen kann! Es ist halb elf, Liebste!"

Adalise wandte sich langsam um und sah die Schwester verstört an.

„Ach, Klaudia ...!"

„Nun, was gibt's denn? Du strahlst ja gar nicht wie eine glückliche Braut!"

„Ich kann nicht, Klaudia", murmelte Adalise kläglich. „Mir ist ..... so sonderbar zumute. Als wäre alles nur ein Traum. Ich weiß heute kaum, wie es überhaupt geschehen konnte ..... ich fürchte, ich passe eigentlich gar nicht für ..... Herrn Gottulan!"

Klaudia wurde ernstlich böse.

„Sei doch nicht kindisch, Adalise. Daran hättest du vor der Verlobung denken müssen. Aber so bist du immer. Heute willst du das, morgen das Gegenteil. Man muß doch wissen, was man tut, und vor allem verlobt man sich nicht ohne Liebe. Liebst du Gottulan?"

„Gestern glaubte ich es."

„Also! Dann sei nicht kindisch, und mache dich und deinen Bräutigam nicht vor aller Welt lächerlich. Gottulan hat eure Verlobung sicher schon den Seinen mitgeteilt, und Eva Martini wird es jedem brühwarm erzählen, der ihr über den Weg läuft. Was sollen die Leute, was soll Leo denken, wenn du heute erklärst, du hättest dich anders besonnen?"

Eine jähe Röte stieg in Adalises Gesicht. Wenn Eva es Löwenkreuz erzählte, und der Prinz dann erfuhr, daß sie es gereut — würde er dann nicht schließen, sie habe Leo gar nicht aus Liebe, sondern nur in einer augenblicklichen verzweifelten Stimmung ihr Jawort gegeben?

Sie warf den Kopf stolz zurück.

„Du hast recht. Ich bin albern. Ich will meine gar nicht mehr zurück."

„Recht so! Du wirst auch gewiß sehr glücklich werden. Und nun komm, ich helfe dir, dich schön zu machen für — ihn! Nimm ein weißes Kleid, weiß steht dir gut und paßt am besten."

Mitten im Ankleiden wurde von außen ungestüm an die Tür getrommelt.

Es war Manfred, der endlich aufgestanden war und soeben von Frau Cäcilia die große Neuigkeit erfahren hatte.

„Macht auf! Ich muß mit Adalise sprechen!"

Adalise zuckte nervös zusammen, aber Klaudia rief lachend zurück: „Unmöglich, Brüderlein! Wir machen Toilette für den Bräutigam. Eintritt verboten!"

(Fortsetzung folgt.)

Aufenthalts in der Küche auf ein Allerwenigstes zu beschränken. Ordnung und peinliche Sauberkeit mache sie sich zur selbstverständlichen Aufgabe, und wenn sie sich weiter daran gewöhnt, nichts zu entleihen und möglichst wenig Hilfeleistungen von ihren Wirtsleuten zu fordern, so könnte selbst diese gefürchtete Zwangswohnung das Einzige bergen, was das Leben schön, eine junge Ehe aber zum Paradies auf Erden macht — die Harmonie.

Aus der Nachbarschaft.

* **Hattingen**, 3. Jan. Die Not der Zeit. Die katholische Kirchengemeinde Hattingen hat Küster und Organisten gekündigt und weiter beschlossen, die Kaplaneistelle vorläufig aufzuheben und an Sonntagen einen Ordensgeistlichen zur Aushilfe des Pfarrers heranzuziehen. Die Geistlichen und Kirchenbeamten haben ihr Dezembergehalt nur zum Teil erhalten und am 1. Jan. kann die Kirchenkasse keine Gehälter mehr auszahlen. Es wird um freiwillige Beihilfen bei den Gemeindemitgliedern gesammelt.

Aus den Provinzen.

Gelsenkirchen, 3. Jan. Für drei Millionen Mark Waren beschlagnahmt. Ein auswärtiger Händler hatte in verschiedenen Nachbarstädten an den Markttagen Gemüse und andere Waren aufgekauft, um sie ins Ausland zu verschieben. Als der Waggon versandbereit war, erschien die Wucherpolizei und beschlagnahmte den Inhalt des Waggons im Werte von 3 Millionen Mark.

* **Recklinghausen-Süd**, 3. Jan. Schweren Verlust erlitt der Obst- und Gemüsehändler M. hier, Bochumerstraße durch einen dreisten Diebstahl. Während die Familienangehörigen im Geschäftslokal tätig waren, gelang es Dieben, in die im ersten Stock befindliche Wohnung einzudringen und die mit einem Betrage von 600 000 bis 700 000 Mark gefüllte Geldkassette zu entwenden. Die Diebe konnten mit ihrem Raube unbehelligt entkommen.

* **Herten**, 3. Jan. Neue Straßenbahn. Voraussichtlich am Freitag findet die Abnahme der Straßenbahn Herten—Langenbochum statt. Die Inbetriebnahme wird wahrscheinlich daran anschließend erfolgen. Die neue Straßenbahn hat eine Länge von nicht ganz drei Kilometern. Sie beginnt in Herten bei der Einmündung der Ringstraße in die Kaiserstraße und mündet in Langenbochum in die Straßenbahn Langenbochum—Recklinghausen, mit welcher sie dem Vernehmen nach als eine Linie betrieben werden soll. Die Bahn läuft in geschlossenen Ortsteilen auf der Straße und außerhalb auf eigenem Bahnkörper.

* **Dortmund**, 3. Jan. Rheinlandspende. In der am 8. Jan. stattfindenden Stadtverordnetensitzung sollen u. a. 150 000 Mk., das ist der 15. Teil des ursprünglichen Provinzialsteuersolls für eine Rheinlandspende bewilligt werden. Ferner soll ein Ausschuß aus vier Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten für die Vorbereitung künftiger Verfassungsfeiern gewählt werden.

* **Hörde**, 3. Jan. Die teilweise Stillegung der Hörder Kreisbahnen hat zu lebhaften Verhandlungen geführt zwischen den beteiligten Gemeinden, dem Präsidium des Siedlungsverbandes in Essen als Aufsichtsbehörde für das Kleinbahnwesen und der Straßenbahngesellschaft. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß der Betrieb auf den noch stillgelegten Strecken zunächst für den Monat Januar aufrecht erhalten bleibt; und daß wahrscheinlich ab 1. Jan. die Strecke Block Friedrich-Wilhelm—Hombruch wieder in Betrieb gesetzt wird. Ob die Hörder Kreisbahnen dauernd weiter betrieben werden können, hängt von ihrer Inanspruchnahme durch die Bevölkerung ab. Der Verkehr auf der Strecke Block Friedrich-Wilhelm—Hombruch wird zunächst ein Einstundenverkehr mit einem Mann Bedienung für den Wagen werden.

* **Iserlohn**, 3. Jan. Die Stadtverwaltung hat große Etatssorgen, denn der Etat ist bisher um rund 66 Millionen Mk. überschritten worden. Allerdings rechnet die Forstverwaltung mit einem Ueberschuß von rund 56 Millionen Mk., so daß nur noch 10 Millionen Mk. zu decken sind. Die Deckung des Fehlbetrages wurde von der Tagesordnung wegen Erkrankung des Finanzdezernenten (Oberbürgermeister Gertenbach) abgesetzt. Für die städtischen Betriebswerke stellte man 16 Millionen Mk. zur Verfügung. Die Stadtverordneten beschlossen, bei der Landesbank eine Anleihe von 60 Millionen Mk. (Zins- und Tilgungsbelastung 8,4 Millionen Mk.) aufzunehmen für werbende und produktive Zwecke. Der Sparkassenzinsfuß wurde von 3,7 auf 4 Proz. erhöht. Unter allseitiger Zustimmung bewilligte man als Rheinlandspende 125 000 Mk.

* **Menden**, 3. Jan. Tödlicher Unglücksfall. Der Kaufmann Wilhelm Huckschlag von hier fuhr in Niederense mit seinem Motorrad gegen einen Wagen. Durch den heftigen Anprall erlitt H. so schwere innere Verletzungen, daß er gestorben ist.

* **Lenningsen**, 3. Jan. Eine raffinierte Diebesbande scheint hier zu hausen. Nachdem dem Landwirt Otto Stoltefuß hier ein zweihundertpfündiges Schwein aus dem Stalle gestohlen und abgeschlachtet wurde, wurde in einer der letzten Nächte das Spritzenhaus erbrochen und daraus sämtliche Messingteile, wie Standrohr, Schlauchverbindungsstücke usw. sowie Stricke und Leinen gestohlen.

* **Bottrop**, 3. Jan. 561 000 Mark gestohlen. Gegen 4 Uhr nachmittags hielt auf der Essenerstraße ein Automobil der Essener Transport- und Lagerungsgesellschaft. Unter dem Führersitz hatte der Chauffeur Geldpakete liegen; in einem dieser Pakete befanden sich 561 000 Mark. Als der Chauffeur einen Augenblick vom Führersitz heruntergegangen und die Wirtschaft Trogemann betreten hatte, wurde ihm in dieser Zeit das Paket mit 561 000 Mark gestohlen. Der Begleiter des Chauffeurs befand sich in diesem Augenblick in dem Geschäft der Firma Stocks. Bislang war es nicht möglich, die Täter zu ermitteln.

* **Hamborn**, 3. Jan. Eine Bluttat von größter Roheit hat sich, wie man jetzt erst erfährt, in der Neujahrsnacht ereignet. Gegen 3 Uhr früh gingen drei Männer, Schmelzer auf der Zinkhütte, zur Arbeit. An der Bahnüberführung an der Buschstraße begegneten sie einem Trupp von etwa 15 Männern, die offenbar von einer Silvesterfeier kamen. Einer der Schmelzer rief ihnen, nichts Böses ahnend, ein harmloses „Prost Neujahr!" zu. Sofort fielen die Fünfzehn über die Drei her und mißhandelten sie in gröblichster Weise. Der eine der Schmelzer, Alois Henneberger, erhielt acht Messerstiche in den Kopf und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Sein Zustand ist bedenklich. Die anderen beiden Ueberfallenen kamen mit Beulen und Hautabschürfungen davon. Hoffentlich gelingt es der Polizei, die Täter zu ermitteln und der verdienten Bestrafung zuzuführen.

* **Viersen**, 3. Januar. Um ihre Autorität zu wahren, ließ die Stadtverwaltung den hiesigen Geschäftsleuten die Strom- und Gaszufuhr absperren, weil die Zahlung des Vorschusses für die Betriebswerke verweigert worden. Die Mittelstandsvereinigung hält, um hiergegen Einspruch zu erheben, in den nächsten Tagen hier eine öffentliche Versammlung ab.

* **Köln**, 3. Jan. Verhaftete Diebesbande. In der letzten Zeit wurden in Köln-Lindenthal sowie in Köln-Braunsfeld eine ganze Reihe kleiner und großer Diebstähle ausgeführt. Nunmehr ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine 9köpfige Diebesbande, darunter Bürschchen im schulpflichtigen Alter, festzunehmen. Sechs weitere Personen wurden unter dem Verdacht, die gestohlenen Sachen von den jugendlichen Dieben angekauft zu haben, wegen Hehlerei in Haft genommen.

* **Düren**, 3. Jan. Der teure Kornschnaps. Folgendes zeitgemäße Geschichtchen wird der „Dürener Ztg." aus Würselen erzählt: Ein Wirt hat ein etwa eine Stunde vom Ort entfernt gelegenes Häuschen seit einer Reihe von Jahren vermietet und erhielt dafür 30 Mark monatlich. Der Mieter brachte jeden Monat sein Geld, und der Wirt schenkte ihm regelmäßig bei dieser Gelegenheit zwei Gläschen Korn ein. Wie nun der Mieter im letzten Monat auch wieder die Miete brachte und dabei nach Brauch und Herkommen seine zwei Korn erhielt, machte der Wirt folgenden Vorschlag zur Güte: „Es tut mir leid," sagte er, „daß du den weiten Weg machen mußt, aber ich will dir mal was sagen: ich schenke dir die Miete, dann sparst du außerdem den Weg und ich verdiene immer noch mindestens 70 Mark dabei für den Korn."

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 3. Jan. 7506 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 2. „ 7241 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		2. Jan. Geld	2. Jan. Brief	3. Jan. Geld	3. Jan. Brief	Höchst. bish. G.
Holland	1 G.	2855.35	2869.66	2922.50	3007.50	3551.10
Belgien	1 Fr.	491.26	493.74	503.73	506.27	513.71
Norwegen	1 Kr.	1356.60	1363.40	1406.47	1413.53	1715.70
Dänemark	1 Kr.	1476.30	1483.70	1531.16	1538.84	1825.42
Schweden	1 Kr.	1940.13	1949.87	2014.95	2025.05	2438.88
Italien	1 Lir	369.07	370.93	384.03	385.97	384.03
England	1 St.	33416.2	33583.7	34663.1	34836.8	40398.3
Amerika	1 D.	7241.25	7278.15	7506.18	7543.82	9127.12
Frankreich	1 Fr.	533.66	536.34	551.11	563.89	553.61
Schweiz	1 Fr.	1371.56	1378.44	1428.91	1436.09	1675.80
Spanien	1 Pes.	1137.15	1142.85	1187.02	1192.98	1381.53
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	10.39	10.45	10.62	10.68	—.—
Tsch.-Slow.	1 Kr.	225.43	226.57	226.93	228.07	296.25
Ungarn	1 Kr.	3.01	3.03	3.02	3.04	3.69

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Im Laufe des gestrigen Nachmittags entwickelte sich bei lebhaftem Geschäft eine Tendenz auf Gerüchte über ungünstige Nachrichten aus Paris. Abends wurde das Geschäft stiller. Gegen Abend wurden genannt: **Holland 2950 — 3000, Paris 545 — 555, Brüssel 500 — 510, London 35 000 — 35 250, Dollar 7500 — 7600.**

* **Der Beckersche Kohlenlieferungsvertrag mit der Schweiz.** Die Beckergruppe teilt zu der neu aufgetauchten Frage der Kohlenlieferungen an die Schweiz der K. Ztg. mit: „Wenn die Steinkohlenbergwerke Becker A.-G. in Bochum jetzt in der Lage ist zu erklären, daß sie keine Valutaschuld hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Industrielle Bank G. m. b. H. in Düsseldorf (Vermögensverwalterin des Generaldirektors Dr.-Ing. Reinhold Becker) als Besitzerin der Aktienmehrheiten der Beckerunternehmungen im Interesse von Stahl-Becker und Steinkohle-Becker, seinerzeit dafür die Garantie übernommen hat. Diese würde für den Fall wirksam, daß die Kohlenlieferungen an die Schweiz nicht ordnungsmäßig in der jetzt vereinbarten und von den zuständigen Regierungsstellen in Deutschland und in der Schweiz gutgeheißenen Form erfolgen sollten. Nachdem durch diese neuerlichen Vereinbarungen zwischen dem Beckerkonzern, der Continentalen Handelsgesellschaft in Zürich und den Regierungen von Deutschland und der Schweiz die Schulden der Contag regierungsseitig genau festgestellt worden sind und als Verrechnungsgrundlage für die demnächstige Abführung der Gewinnüberschüsse an das Deutsche Reich gelten, dürfte für die Industrielle Bank in Düsseldorf der Zeitpunkt gekommen sein, eine Sicherung ihrer Bürgschaft seitens der Steinkohlenbergwerke Becker A.-G. in Bochum herbeizuführen, worüber dem Vernehmen nach augenblicklich verhandelt wird.

DHD. **Ein neues Hütten- und Walzwerk im Klöckner-Konzern.** Der Klöckner-Konzern beabsichtigt aus den Entschädigungssummen, die ihm vom Reich unter der Bedingung des Wiederaufbaus bezahlt worden sind, im Amt Rauxel, als Ersatz für die in Lothringen verloren gegangenen Anlagen am Rhein-Herne-Kanal ein großes Hüttenstahl- und Walzwerk zu errichten. Wie das B. T. erfährt, wird das Werk auf Bladenhorsterflur in der Nähe der Schachtanlage des Lothringer Hütten- und Bergwerksvereins entstehen. Die der Erweiterung harrenden Industrie-Anlagen des Klöckner-Konzerns mit bedeutenden Zechen und Nebenanlagen liegen sämtlich im nördlichen Teil des Amtes Rauxel, um den Bahnhof Rauxel herum.

* **Fried. Krupp A.-G. in Essen** plant die Gründung einer eigenen Versicherungs-Gesellschaft zur Uebernahme der Feuerversicherung der sämtlichen Anlagen und Betriebe der Firma Krupp in Verbindung mit dem Kölner Gerling-Konzern, der laut Rh.-W. Ztg. die Rückversicherung für die Kruppsche Selbstversicherung übernehmen will.

* **Essener Bürgerbräu A.-G. in Essen.** Die H.-V. setzte die vom 4. Januar an zahlbare Dividende auf 25 Prozent fest.

* **Phönix — Sachsenwerk.** Die ao. H.-V. der Sachsenwerk Licht und Kraft A.-G. verlief sehr lebhaft und dauerte etwa 3 Stunden. Die Verwaltung hat die Ausgabe von 3 Mill. Mk. Vorzugsaktien und 104 Mill. Mk. Stammaktien beantragt. Hiervon sollen 24 Mill. Mk. freihändig verkauft werden, während die übrigen 80 Mill. Mk. zur Verfügung der Verwaltung bleiben sollen. Ein Bezugsrecht für die Aktionäre war nicht in Aussicht genommen. Hiergegen erhoben zwei Aktionäre lebhafte Einwände, darunter der Vertreter des Phönix, der 10 Mill. Mk., und ein anderer Aktionär, der 5,6 Mill. Mk. Kapital vertrat. Der Phönix wünschte einen Teil der Vorzugsaktien zu übernehmen. Dieses wurde abgelehnt, dagegen erklärte sich die Verwaltung bereit, den Aktionären ein Bezugsrecht auf etwa 70 Mill. Mk. zu gewähren, so daß voraussichtlich auf 2 alte eine junge Aktie zu einem Kurs zwischen 250 und 450 Prozent bezogen werden kann. Nach längerer Debatte wurden die Anträge der Verwaltung, gegen die 78 000 Stimmen der beiden Opponenten angenommen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Direktor Hintze von der Lokomotivfabrik Jung.

p. **Kölner Börse für Häute und Felle** vom 3. Jan. Bei behaupteten Preisen bewegte sich das Geschäft in engen Grenzen. Es notierten: Großviehhäute 800 bis 1100, Fresserfelle 1100 bis 1500, Kalbfelle 470 bis 570, Ziegenfelle 2500 bis 5500, Roßhäute bis 219 Zentimeter 10 000 bis 15 000, über 220 Zent. 25 000 bis 35 000, Fohlenfelle 4000 bis 6000.

p. **Kölner Lederbörse** vom 3. Jan. Es notierten: eichenlohgegerbtes rheinisches Sohlenleder in Hälften 6500 bis 7200, in Kernstücken 8800 bis 9200, Sohlenleder in Hälften 5000 bis 6000, Vacheleder in Hälften 5800 bis 6200, in Kernstücken 7200 bis 8000, Riemenleder in Kernstücken kurz geschnitten 8000 bis 9000, Rindbox (schwarz) 1800 bis 2100, farbig 2000 bis 2500, Roß-Chevreaux 1450 bis 1650, Chevreaux schwarz 2800 bis 3500.

* **Berliner Wertpapierbörse** vom 3. Jan. Die Berliner Börse stand sehr stark unter dem Eindruck der aus Paris vorliegenden Nachrichten. Auf dem Devisenmarkt gingen die Kurse bei sehr geringem Geschäft ziemlich in die Höhe. Auf dem Effektenmarkt trat aus den gleichen Gründen, die für die Bewegung auf dem Devisenmarkt maßgebend sind, diesmal die umgekehrte Erscheinung auf, daß trotz der festen Devisenkurse ein Rückgang der Effektenkurse zu verzeichnen ist. Man befürchtet von der Pariser-Konferenz, daß unsere Industrie von der ungünstigen Entwicklung beeinflußt werden würde. Namentlich zeigten sich Angaben, die offenbar aus dem Industriegebiet und dem Rheinland stammen. Von dort aus laufen auch die meisten Kaufaufträge in Devisen im wesentlichen ein. Infolgedessen waren natürlich westliche Montanwerte zum Teil sehr stark gedrückt.

Berliner Börsenkurse

vom 3. Januar 1923.

	29. 12.	3. 1.
Bankaktien		
Barmer Bankv	—.—	1925.
Com.u.Privatb.	—.—	2200.
Darmst. Bank	2400.	3050.
Deutsche Bank	7800.	7700.
Disconto-Ges.	3800.	4075.
Dresdner Bank	3100.	3175.
Ess.Cred.Anst.	—.—	2400.
Reichsbank	—.—	1625.
Brauereiaktien		
Boch. Viktoria	2400.	3200.
Dortm. Aktien	—.—	6000.
Dortm. Union	4100.	4600.
MüserLangend	4000.	—.—
Schleg.Scharp.	2600.	4000.
Schiffahrtsaktien		
Hamb.Am.Pak.	9125.	8510.
Hamb.-Südam.	20000.	17500.
Nordd. Lloyd	4800.	2500.
Industrieaktien		
Adlerwerke	4500.	4500.
Akkumul. Hag.	17200.	16675.
Allg.Elekt.Ges.	5975.	5725.
Anglo Guano	26600.	26000.
Annener Guss	14500.	12500.
Augsb.-Nürnb.	8500.	8600.
Bad. Anilin	8700.	—.—
Balcke Masch.	8500.	8900.
Baroper Walz.	13800.	14000.
Bergm. Elektr	7900.	—.—
Boch. Gußstahl	22600.	21600.
Braunk.u.Brik.	9625.	10000.
Buderus Eisen	12600.	10600.
Busch Lüdensch	10500.	10500.
Caro	—.—	3200.
Chem. Griesh.	8100.	6700.
Chem. Weiler	8500.	7800.
Chem.Ind Gels.	40000.	40000.
Concordia	17500.	—.—
Cons. Schalke	—.—	—.—
Daimler Mot.	—.—	4480.
D.-Lux. Bergw	24750.	23000.
Deutsche Erdöl	38000.	37800.
Deutsche Kali	17500.	15900.
Deutsch.Masch	—.—	—.—
D. Schachtbau	29000.	30000.
Deutsch. Walf.	—.—	45000.
DitmannNeub.	—.—	—.—
Dürkopp	6500.	6300.
Dynamit Nobel	8700.	—.—
Eintr. Braunk.	16500.	15900.

	29. 12.	3. 1.
Elberf. Farben	7325.	7000.
Eschw. Berg	—.—	17000.
Essener Steink.	21900.	17000.
Flensb.Schiffsb	—.—	8000.
Gasmot. Deutz	—.—	11450.
Gels. Bergw.	25000.	23750.
Gels Gußstahl	—.—	8775.
Glas Schalke	54000.	42000.
Goldschmidt	9800.	8600.
Harp. Bergw.	60500.	59000.
Hasp. Eis. u. St.	27600.	27600.
Heckmann C.	29000.	—.—
Hirsch Kupfer	11400.	11500.
Hohenlohe	10300.	8500.
Howaldswerke	—.—	6500.
Höchst Farben	7200.	6800.
Hösch Stahlw.	24500.	24400.
Humb. Masch.	6800.	6500.
Ilse Bergbau	16500.	15000.
Kali Aschersl.	13675.	12000.
Kali Westerreg	15500.	14750.
Köln Neuessen	25000.	24500.
Köln-Rottweil.	11150.	9950.
Küppersbusch	8050.	8050.
Lahmeyer&Co.	6300.	6300.
Laurahütte	12500.	11400.
Lothring.Hütte	16200.	17600.
Magd. Bergw.	33000.	33000.
Mannesmann	15000.	15900.
Masch. Baum	—.—	14000.
Mk.-Westf.Bg.	20000.	21000.
Mülh. Bergw.	35000.	35000.
Oberschl. Bed.	13000.	12500.
Orenst. Koppel	14500.	12000.
Phönix Bergw.	21500.	17800.
ReisholzPapier	6475.	5900.
Rh.Braunkohle	23250.	20750.
Rh.Stahlwerke	20900.	19000.
Rh.-West.Kalk.	16000.	16000.
Riebeck Mont.	35250.	27500.
Romb. Hütte	8490.	6700.
Rütgerswerke	8550.	8400.
Sarottis Schok	4075.	3800.
Siemens Halsk	22000.	21000.
Schuckert Co.	12300.	11400.
Schwelm.Eisen	37500.	36000.
Thale Eisen	—.—	—.—
Ver. Dtsch.Nick	10600.	10600.
Westfalia Eis.	12000.	13500.
Westf. Drahtw.	4990.	—.—
Westf. Kupfer	7750.	7900.
Wicking Zem.	12950.	—.—
Witt. Gusstahl	—.—	29000.

Gerichtszeitung.

Eine Rathenau-Demonstration vor Gericht.

L. Vor dem Amtshaus der Gemeinde Datteln fand am 27. Juni eine Rathenaudemonstration statt. Redner aller Parteien und Gewerkschaften sprachen vom Balkon des Amtshauses zu der Menge. Nach einer Abmachung sollten Parteiforderungen nicht berührt werden. Der Redner der kommunistischen Partei August Büttner aus Datteln beachtete diese Abmachung nicht. Im Verlauf seiner Rede erging er sich in Angriffen gegen den Regierungsbaurat Schmitz vom Datteler Kanalbauamt derart, daß der anwesende Amtmann einen Aufruhr befürchtete. Wegen dieser Rede und eines von ihm verfaßten Zeitungsartikels, der sich ebenfalls mit der Person des Regierungsbaurates befaßte, hatte sich Büttner vor der Bochumer Strafkammer wegen Beleidigung des Baurats Schmitz, der als Nebenkläger zugelassen war, zu verantworten. Wegen Beteiligung an den Märzunruhen ist Büttner von der Strafkammer Münster zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da Begnadigung erfolgte, hat er die Strafe nicht zu verbüßen brauchen. In der genannten Rede sollte Büttner von dem Regierungsbaurat als Reaktionär gesprochen haben, der mitschuldig an dem Meuchelmorde Rathenaus gegenüber sei. Die Arbeiterfeindlichkeit dieses Herrn beweise ein Ausspruch desselben dahinlautend: Die Arbeiter werden uns schon wieder aus der Hand fressen! Auch soll Büttner in Bezug auf den Baurat den Ausdruck Meuchelmörder gebraucht haben. Am 17. Juli veröffentlichte Büttner in der Arbeiterzeitung einen Bericht über die Demonstration in welchem die Regierung aufgefordert wurde, den Regierungsräten bei dem Datteler Kanalamt scharf auf die Finger zu sehen. Man dürfe nicht eher ruhen, bis diese Reaktionäre beseitigt seien. Den Leuten müsse gezeigt werden, daß die Arbeiter es seien, welche das Staatsgefüge lebensfähig halten. Im übrigen ließ der Artikel die Ueberzeugung aufkommen, daß Schmitz mit den Auffassungen der Rathenaumörder sympathisiere. Der Angeklagte erbot sich für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen. In Auswertung seiner Rede sei er gekündigt und schließlich vom Kanalamt Datteln, bei dem er in Dienst stand, entlassen worden. Die freie Arbeiterschaft habe in einer Eingabe an den Minister die Abberufung der Regierungsräte des Dattelner Kanalamtes verlangt. Der Vorsteher desselben, Regierungsrat Heinen, sei dann auch bald versetzt worden. Die Beweisaufnahme stellte aber fest, daß die Versetzung Heinens auf persönlichen Wunsch erfolgt ist und diese für Heinen eine Beförderung brachte. Regierungsrat Heinen erklärte, daß seitdem er dem Büttner eine abgeänderte Arbeitsordnung gegeben, dieser ein auffälliges Verhalten dem Vorgesetzten gegenüber an den Tag gelegt, oft pfeifend im Kanalamt umhergegangen und von „Orgeschbande" gesprochen habe. Schließlich habe er bei der Fürsorgestelle in Münster die Einwilligung zur Kündigung des Büttner, welcher Kriegsbeschädigter ist, beantragt. Es wurde aber von Münster diese hinausgeschoben, bis man für Büttner eine andere Verwendung gefunden. Zeuge Regierungsrat Schmitz vermochte sich nicht zu entsinnen, die ihm in den Mund gelegte obige Aeußerung gemacht zu haben. Das Gericht hielt nach der Beweisaufnahme für dargetan, daß sich der Baurat in ähnlichem Sinne mal ausgesprochen habe. Der Amtmann von Datteln bekundete, daß die Rede Büttners eine Entgleisung bedeute. Er habe sich gewundert, daß die Menge nicht nach der Rede vor das Haus des Regierungsbaurats gezogen und diesem die Fenster eingeworfen habe. Er habe dann auch nach der Rede dem Büttner ernste Vorhaltungen gemacht. Erster Staatsanwalt Hartmann erklärte, die grobe Taktlosigkeit Büttners, die Person des Baurats in die Erörterungen seiner Rede zu ziehen, habe nicht den Interessen der sonst würdig verlaufenen Rathenaudemonstration gedient; sie sogar auf das Aeußerste gefährdet. Das Gericht hatte die Ueberzeugung erlangt, daß Büttners Ausdruck „Meuchelmörder" auf die Person des Baurates Schmitz gemünzt worden sei. Auch die Polizei habe Büttner bezichtigt, mit den Rathenaumördern in Verbindung zu stehen. Der Ton des Zeitungsartikels lasse erkennen die Absicht Büttners, den Baurat zu beleidigen. Von der Wahrung berechtigter Interessen könne keine Rede sein. Unter Berücksichtigung auf den leicht erregbaren Zustand des Angeklagten erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 20 000 Mark und Publikation des Urteils.

Gemütlichkeit.

Die Feiertage haben uns wieder die alte deutsche Gemütlichkeit gebracht. Gespürt haben wir sie alle; nur die meisten Menschen wissen es nicht. Deshalb könnte über die deutsche Gemütlichkeit eigentlich auch nur ein Ausländer schreiben. Gemütlichkeit ist bekanntlich ein in fremde Sprachen schwer übersetzbares Wort. Man kennt in fremden Landen diesen Begriff kaum. Wenn nun ein Ausländer nach dem Sinn dieses Wortes fragt, kann er sicher sein, daß von zehn Angesprochenen neun ihm Gemütlichkeit als etwas Angenehmes, Behagliches bezeichnen oder zu erklären versuchen. Bei der zehnten Frage erst kann er sich vielleicht einen ungefähren Begriff des Wortes aus den verschiedenen Antworten zurechtlegen.

Und doch ist das Wort bei genauem Hinsehen aus seinem Wortstamm leicht zu begreifen und, was von viel größerer Bedeutung ist, wir finden dann sogleich die Grundbedingungen, aus denen Gemütlichkeit entsteht.

Im Winter, wenn wir bei einer Tasse Tee im behaglich erwärmten Zimmer zusammensitzen, stellt sich die Gemütlichkeit bald wie von selbst ein. Im Frühjahr, im Sommer und Herbst, wo man sich in wenig abgemessen temperierten Räumen meist bei geöffneten Fenstern oder auch im Freien einer mehr oder weniger zwanglosen Geselligkeit hingibt, ist sie schwerer erreichbar. Warum?

Das Wort ist aus Gemüt entstanden. Gemüt besitzen ist gleichbedeutend mit dem viel allgemeineren Ausdruck: ein gutes Herz haben. Wer nun Gemüt besitzt oder ein gutes Herz hat, zeichnet sich durch einen Mangel an übermäßigem Egoismus aus. Er wird nicht in erster Linie und vor allen Dingen nicht allein sein eigenes Wohlergehen im Auge haben; er wird das Wohl seiner Mitmenschen dem eigenen über- oder mindestens nebenordnen, jedoch niemals unterstellen.

Man kann also noch weitergehen und sagen: ein Mensch, der Gemüt besitzt, drückt durch sein ganzes Wesen bewußt oder unbewußt eine gewisse Fürsorge für das Wohlergehen seiner Mitmenschen aus, ohne daß dabei ein gänzliches Hintenanstellen seiner eigenen Bedürfnisse Bedingung wäre. Und Gemütlichkeit ist nichts anderes als ein Zustand, in welchem Gemüt, eine bewußte oder unbewußte Fürsorge für das Wohlbefinden der Mitmenschen, zum Ausdruck kommt, doch darf eine solche vorhandene Fürsorge sich dem Bewußtsein eines anderen niemals aufdrängen. Sie darf nur empfunden werden.

Daraus ergibt sich schon, daß Gemütlichkeit in der Geselligkeit nicht durch einen einzelnen hergestellt werden kann. Er bedarf stets der Mitwirkung sämtlicher Teilnehmer einer Gesellschaft. Der Einzelne kann seinen Einfluß jedoch dahin geltend machen.

So erklärt sich die winterliche Gemütlichkeit im warmen Zimmer.

Als Gegensatz zu der Kälte im Freien wirkt die Zimmerwärme auf den Eintretenden wohlig; er wird also sofort bei seinem Eintritt angenehm berührt und in eine behagliche Stimmung versetzt. Die gemütlichen Seiten seines Wesens erklingen. Er hat ein freundliches Wort für die Anwesenden oder die nach ihm Erscheinenden. Ein freundliches Wort löst bei anderen leicht ebensolche Freundlichkeit, möglicherweise Herzlichkeit aus. Man nimmt gegenseitige Rücksicht, macht den Ankommenden bereitwilligst Platz, nicht aus anerzogener, kühler Höflichkeit, sondern das zum Ausdruck gelangende Gemüt, das Gemütliche, wünscht sich für den anderen fürsorglich zu betätigen. Die sogenannte Höflichkeit des Herzens spricht; der Herzenstakt kommt zu seinem Recht.

Wenn nun zur Zimmerwärme noch zweckentsprechende Raum- und Einrichtungsverhältnisse treten und für die Bedürfnisse des Magens gesorgt ist, so sind im allgemeinen die Bedingungen für ein gemütliches Zusammensein gegeben. Es können sich im Besonderen je nach den zusammentreffenden Leuten und nach der Ursache der Zusammenkunft allerlei Veranstaltungen zur Anregung und Unterhaltung anschließen. Mit dem Kern der Sache haben sie nichts zu tun.

Krasse Egoisten, deren gemütliche Seite selten erregt oder leicht zum Schweigen gebracht wird, bilden die Störenfriede gemütlichen Beieinanderseins.

Anders die Gemütlichkeit im Freien oder in weniger geschlossenen Räumen. Hier entzieht sich der einzelne viel leichter dem Einfluß des anderen. Man könnte sagen, daß Zugluft und Wind eine Uebertragbarkeit der Stimmung erschweren. Aber auch der Einfluß der Zimmerwärme schaltet aus.

Infolgedessen bewegt sich die sommerliche Geselligkeit in viel loseren Banden als die des Winters, und es müssen äußerliche Mittel als Erreger der Gemütlichkeit herangezogen werden. Lektüre, harmloses Spiel und Sport dienen hier der Unterhaltung.

Die Gemütlichkeit im Familienkreise basiert selbstverständlich immer auf einem gegenseitigen Wohlwollen, einer beständigen, liebevollen Rücksichtnahme und auf dem Uebersehen gelegentlicher, überall vorkommender Störungen. Diese Gemütlichkeit zu schaffen liegt ebenso in der Macht des Familienoberhauptes wie in den Händen der Hausfrau. Sie geben den Verkehrston in der Häuslichkeit an. Die letzten, welche die Sorge für das leibliche Wohl der Familienmitglieder trägt, kann noch besonders zur Gemütlichkeit beitragen, wenn sich ihre Fürsorge auf eine behagliche Wohnung, auf zweckentsprechende Räume und eine praktische Einrichtung erstreckt.

Es braucht dazu keinen Reichtum, nur tätige, praktische Liebe, mit einem Wort: Gemüt.

Vermischtes.

tk. **Der Streit um die Erbschaft der altmodischen Tante.** Ein drolliger Streit um den Nachlaß von 3 Millionen Dollar fand dieser Tage vor dem Newyorker Gericht sein Ende. Ein älteres Fräulein hatte ihr Vermögen wohltätigen Stiftungen vermacht. Darob waren die Neffen und Nichten baß verwundert, und sie fochten das Testament an: die Erblasserin habe sich nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte befunden. Zum Beweise führten sie die Schrullen der alten Tante an: Sie habe sich ständig nach der Mode vom Jahre 1888 gekleidet, habe nie den Fernsprecher benützt, sei nie im Kraftwagen gefahren, habe nie ein Haus mit Kraftwagen betreten und um sich nur alte Sachen geduldet. Auch habe sie keinen irgendwie gearteten Verkehr mit andern Menschen gehabt. Der Richter meinte darauf, es sei allerdings verwunderlich, daß ein Mensch im Amerika von 1922 sterben könne, ohne all die Errungenschaften der Neuzeit und des neuzeitlichen Verkehrs aus eigener Erfahrung schätzen gelernt zu haben; aber das alles sei noch kein Grund, diesem Menschen, und wenn er dreist ein sonderbarer Kauz sei, die Unterstellung anzuwenden, daß er nicht bei vollen Geisteskräften gewesen sei. Wer nicht mit der Zeit gehen wolle, sei deswegen noch lange nicht geistig minderwertig oder verrückt. Worauf die Neffen und Nichten mit betretenen Gesichtern abzogen.

tk. **Wilsons Lähmung.** Wie der Newyorker Mitarbeiter der „Tägl. Korresp." schreibt, erinnern sich die Amerikaner urplötzlich wieder des vergeßlichen Erfinders der unvergeßlichen „Vierzehn Punkte", genannt Woodrow Wilson, vormals Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Man spricht von seinem Gesundheitszustand und stellt mit Behagen fest, daß es ihm entschieden besser geht. Bekanntlich hat Wilson vor einiger Zeit einen nervösen Zusammenbruch erlebt, wie er für einen weniger widerstandsfähigen Körper wohl tödlichen Ausgang zur Folge gehabt hätte. Die Auswirkungen des Schlaganfalls sind aber jetzt so gut wie überwunden. Man kann zwar nicht sagen, daß er heute ein gesunder Mann ist; aber die Lähmung ist gewichen. Er kann wieder alle seine Glieder rühren, wenn auch offensichtlich die Dauer der Krankheit nicht ohne Einfluß auf die allgemeine Gesundheitslage des Körpers geblieben ist, wie sich von selbst versteht. Der Arzt Dr. Grahson, der Wilson behandelte, ist jedenfalls sehr hoffnungsfreudig und glaubt sogar, daß Wilson seine politische Tätigkeit wieder aufzunehmen imstande sein wird. Was wir nicht hoffen!

Amtlicher Wetterbericht.

Aussichten für Donnerstag:

Veränderlich, zeitweise auch trübe mit geringen Niederschlägen, Temperatur schwankend, aber durchschnittlich wenig geändert.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Jugendgruppe 1. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr E. Willich.

Die **Jugendgruppe 2. u. 3. Stadtbezirk** versammelt sich mit der

Jugendgruppe 5. u. 6. Stadtbezirk, abends 8 Uhr bei Schüllenbach, Obere Marktstraße, zur wöchentlichen Zusammenkunft.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr bei Hahnefeld, Hermannshöhe, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Wiemelhausen, abends 8 Uhr bei Philipp, Wasserstraße, wöchentliche Zusammenkunft.